JAHRESBERICHT 2020/21

ATLANTIK-BRÜCKE

Die Atlantik-Brücke

Die transatlantische Zusammenarbeit ist und bleibt gerade in schwierigen Zeiten ein entscheidender Faktor für die globale Ordnung und Stabilität. Jetzt, da nationalistische Strömungen weltweit an Zuspruch gewinnen, sieht sich die Atlantik-Brücke umso mehr ihrem Auftrag verpflichtet, den Dialog zwischen Deutschland, Europa und Amerika auf allen Ebenen und jenseits der Parteilinien zu vertiefen. Sie setzt sich für Multilateralismus, offene Gesellschaften und freien Handel ein.

Programme

KONFERENZEN

Die Atlantik-Brücke veranstaltet eine Reihe von Konferenzen zu wirtschafts- sowie außen- und sicherheitspolitischen Themen, an denen hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus der deutschen und amerikanischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, den Medien und den Streitkräften teilnehmen.

VORTRAGS- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN

Mit hochkarätigen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen bietet die Atlantik-Brücke ihren Mitgliedern und externen Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträgerinnen und -trägern eine Plattform für einen intensiven, geschützten Austausch über aktuelle transatlantische Themen.

WORKSTREAMS

Mit diesem Format fokussiert die Atlantik-Brücke ihre inhaltliche Arbeit auf die Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft, Finanzen und Märkte, Gesellschaft, Klima und Energie sowie Digitalisierung. Fünf Komitees, geleitet von Vorstandsmitgliedern der Atlantik-Brücke, binden die Erfahrung und Expertise der Mitglieder ein und regen eine interdisziplinäre und lösungsorientierte Debatte an.

REGIONALGRUPPEN

Mit den Regionalgruppen werden die Netzwerke der Atlantik-Brücke-Mitglieder bundesweit und auf der anderen Seite des Atlantiks gestärkt. Kulturelle Veranstaltungen stehen ebenso auf dem Programm wie politische und wirtschaftliche Themen. Die Regionalgruppen werden von Vorstandsmitgliedern der Atlantik-Brücke geleitet.

STUDIENREISEN

Die transatlantischen Beziehungen leben vor allem von der persönlichen Begegnung. Einmal jährlich organisiert die Atlantik-Brücke deshalb Delegationsreisen in die USA. Im Austausch mit Politikern, Journalistinnen, Thinktank- und Wirtschaftsvertretern bekommen die Mitglieder fundierte Informationen aus erster Hand. Auch deutschen und amerikanischen Lehrkräften ermöglicht die Atlantik-Brücke ein intensives Kennenlernen der USA beziehungsweise Deutschlands: Mit Studienreisen auf die jeweils andere Seite des Atlantiks fördert sie das Wissen dieser wichtigen Multiplikatorengruppe.

YOUNG LEADERS-PROGRAMM

Das Young Leaders-Programm identifiziert und vernetzt exzellente deutsche und amerikanische Nachwuchsführungskräfte. Der intensive Austausch schafft dauerhafte berufliche und persönliche Verbindungen und verankert den transatlantischen Dialog in der nächsten Generation.

Jahresbericht 2020/21 der Atlantik-Brücke

Magnus-Haus

Sigmar Gabriel

Dr. David Deißner

Washington streckt die Hand aus – Europa muss sie ergreifen

Mit der Präsidentschaft Joe Bidens keimt neue Hoffnung auf. Eine transatlantische Zusammenarbeit scheint wieder möglich zu sein. Europa muss sich bei der gemeinsamen Agenda, die von Klimaschutz über Verteidigung bis zur Demokratieförderung reicht, nun aktiv engagieren.

Die Präsidentschaft Donald Trumps hat uns deutlich vor Augen geführt, wie schnell die Leinen zwischen Europa und den USA gekappt werden können. Der „America first"-Präsident hat nicht nur die transatlantischen Beziehungen beschädigt, sondern sich auch als Spalter Europas hervorgetan. Seit Januar dieses Jahres ist die Stimmung im Weißen Haus eine gänzlich andere. Der neue US-Präsident Joe Biden macht deutlich, dass er wieder einen partnerschaftlichen Umgang mit den Verbündeten der USA pflegen will. Auf eine Zeit des Alleingangs Amerikas folgt ein glaubhaftes Bekenntnis zur multilateralen Zusammenarbeit. Die ausgestreckte Hand Washingtons stimmt hoffnungsvoll. Es reicht nicht, wenn Europa abwartet. Wir müssen diesen Neuanfang aktiv mit vorantreiben. Die Schuld dafür, dass die transatlantischen Beziehungen ins Wanken geraten sind, können wir nicht allein Donald Trump zuweisen. Die Verbindung war bereits belastet, als der Immobilientycoon sich um die Präsidentschaft bewarb. Die Gründe sind in der Realitätsverweigerung angesichts einer sich dramatisch wandelnden Weltlage und in der mangelnden Verantwortungsbereitschaft Europas zu suchen. Die USA orientieren sich schon lange in Richtung Pazifik. Dass Europa dennoch davon ausging, Amerika würde selbstlos als Garant europäischer Sicherheit auftreten, hat das Bündnis über Gebühr strapaziert. Die Uneinigkeit innerhalb der Europäischen Union ist ebenfalls ein hausgemachtes Problem. Auf Dauer kann nur ein einiges Europa ein handlungsfähiger und glaubwürdiger transatlantischer Partner sein.

Der andere Grund für den fehlenden Elan in den transatlantischen Beziehungen liegt in einer bei den Eliten beiderseits des Atlantiks verbreiteten Ignoranz gegenüber der Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung. Sie höhlt das Vertrauen in die Werte, für die der Westen steht, beständig aus und ebnet das Feld für Populisten und Nationalisten. Das Ergebnis einer Pew-Umfrage aus dem März 2021 sollte auch uns in Europa aufhorchen lassen. Das Institut hatte Amerikanerinnen und Amerikaner gefragt, was die langfristigen Ziele der US-Außenpolitik sein sollten. Ganz oben auf der Liste der Antworten stand mit 75 Prozent „Protecting the jobs of American workers". Schlusslicht war mit 20 Prozent „Promoting democracy in other nations".[1] Auch damit müssen wir uns befassen, wenn wir es ernst meinen mit unserem Bündnis mit Amerika. Ohne den Glauben der Menschen an die Grundpfeiler des transatlantischen Projektes kann es nicht dauerhaft bestehen.

Wie können wir dafür sorgen, dass die Beziehungen nicht nur bis zur Bundestagswahl im Herbst oder bis zu den Midterm-Wahlen in den USA 2022 wieder im Lot sind, sondern auf lange Sicht belastbar bleiben? Wir

---

[1] „Americans put low priority on promoting democracy abroad", Pew Research, 02. März 2021: www.pewresearch.org/fact-tank/2021/03/02/americans-put-low-priority-on-promoting-democracy-abroad-2/

brauchen eine gemeinsame Agenda, bei der Europa und Deutschland Verantwortung übernehmen und sich als verlässliche Partner der USA beweisen. Es gibt eine ganze Reihe von Themen, bei denen wir aktiv werden müssen und können:

Wir müssen uns im transatlantischen Schulterschluss schnell der Pandemiebewältigung widmen. Die USA sind mit einer entschlossenen Impfkampagne wie der Phönix aus der Asche aus dem Kampf gegen das Virus hervorgegangen. Europa und insbesondere Deutschland hinken noch hinterher. Was uns jedoch mit ebenso großer Besorgnis erfüllen muss wie die Versäumnisse hierzulande, ist die Verheerung, die das Virus in Afrika und vielen Ländern Asiens und Lateinamerikas anrichtet. Die Lehre aus den vergangenen anderthalb Jahren ist, dass uns in einer globalisierten Welt auch das Leid anderer etwas angeht. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, das Virus in allen Weltregionen einzudämmen, und eine Strategie für künftige Pandemien entwickeln.

Das Verhältnis der transatlantischen Partner zu China ist entscheidend für unser Verhältnis zueinander. Europa ist – ebenso wie die USA – mit der Volksrepublik ökonomisch verwoben; der Preis einer Entkopplung wäre zu hoch. Doch wenn wir eine gemeinsame Strategie entwickeln, können wir dafür sorgen, dass China sich an unsere Regeln hält, und müssen Menschenrechtsverletzungen und Angriffe auf unsere Sicherheit nicht hinnehmen. Dafür brauchen wir ein Bündnis mit den USA und den demokratischen Staaten im Pazifik. Zudem können wir viel stärker in einen transatlantischen Wettbewerb gegenüber China einsteigen und beispielsweise mit eigenen Angeboten an Zentralasien und Afrika zur Finanzierung der dortigen Infrastruktur eine Konkurrenz zur Seidenstraße schaffen. Auch im Bereich Handel müssen wir wieder stärker kooperieren. Die Welthandelsorganisation (WTO) wieder handlungsfähig zu machen, ist hierfür eine wichtige Voraussetzung.

Wir brauchen eine neue Lasten- und Aufgabenverteilung innerhalb der NATO. Damit verbunden ist ein signifikant höherer Beitrag der europäischen Bündnispartner zur Verteidigung, insbesondere ein höherer Beitrag Deutschlands. Wir können die USA, die sich stärker im Pazifik engagieren werden, in Europa entlasten. Im Gegenzug profitiert Europa davon, dass die USA sich dem Bündnis weiterhin verpflichtet fühlen, ihre Militärpräsenz in Europa aufrechterhalten und auch künftig unsere Sicherheit weltweit garantieren.

Joe Biden hat mit einer ambitionierten Klimaagenda gezeigt, dass mit den USA beim Klimaschutz wieder zu rechnen ist. Europa kann hier anknüpfen. Unsere Ziele bei der Dekarbonisierung und Entwicklung regenerativer Energien passen zueinander. Der Moment ist gekommen, die Kooperation in Forschung und Entwicklung auszubauen und den politischen Dialog über klimapolitische Themen zu intensivieren. Wir

dürfen nicht zulassen, dass umstrittene Projekte wie die Gaspipeline Nord Stream 2 zum Stolperstein der neuen, vielversprechenden Zusammenarbeit mit Washington werden. Die USA erwarten zu Recht, dass sich Deutschland in dieser schwierigen Frage aktiv um einen Kompromiss bemüht, der die Interessen unserer amerikanischen Partner berücksichtigt.

Trotz unterschiedlicher Vorstellungen beim Datenschutz ist es wichtig, dass wir auf dem Feld der Technologie und Digitalisierung enger zusammenarbeiten. Gemeinsame Standards und Rechtssicherheit können dabei helfen, dass sich unsere freien Gesellschaften nicht im Wettbewerb gegeneinander in Stellung bringen, sondern gemeinsam dafür sorgen, Technologie für gesellschaftliche Teilhabe, für wirtschaftlichen Fortschritt und Demokratie nutzbar zu machen.

Wir müssen die Demokratie fördern – bei uns zu Hause. Erst wenn die Menschen – in den USA wie auch hier in Europa – den Eindruck haben, dass ihre Sorgen ernst genommen werden, nehmen sie auch den Anspruch ihrer Regierungen ernst, für Werte wie Freiheit und Demokratie einzutreten. Eine Demokratie lebt davon, dass sich Menschen mit ihr identifizieren. Dass unterschiedlichste Anliegen und Standpunkte sich nicht feindselig begegnen, sondern in den Dialog miteinander treten, ist nicht selbstverständlich. Der amerikanische Philosoph John Dewey schrieb: “Democracy has to be born anew every generation, and education is its midwife.” Die Überzeugungsarbeit für die Werte, die uns mit den USA verbinden und für die wir gemeinsam in der Welt stehen wollen, beginnt bei uns selbst.

Es kommt jetzt darauf an, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Unsere Gesellschaften sind im Wandel begriffen, sowohl demografisch als auch im Hinblick auf die Themen, die die nächsten Generationen bewegen. Wir Transatlantikerinnen und Transatlantiker müssen uns des Klimawandels, des Kampfes gegen den Rassismus und für die Gleichheit der Geschlechter annehmen und zeigen, dass Europa und die USA die Gesellschaft von morgen besser gemeinsam voranbringen können.

Wir danken unseren Freundinnen und Freunden, unseren Young Leaders-Alumni und ganz besonders unseren Mitgliedern, dass sie unsere Arbeit so engagiert unterstützen und den Dialog über den Atlantik mit viel Herzblut und mit wachem und kritischem Geist fortführen. In diesem Sinne: Onward!

Sigmar Gabriel
Vorsitzender der Atlantik-Brücke

Dr. David Deißner
Geschäftsführer der Atlantik-Brücke

Heidi Heitkamp
served as the first female U.S. Senator elected from North Dakota from 2013–2019. She is the founder and Chair of the One Country Project, an organization focusing on the concerns of rural America. Heidi Heitkamp is a regular contributor to CNBC and ABC News, and Fellow at the University of Chicago Institute of Politics

“What Kind of America Do We Want to Live In?”

The Trump presidency revealed the weak spots of American democracy. Overcoming the politics of division and hyperbole will not be easy. But it can be done if Americans start talking to each other again, with the help of the institutions of civil society.

von Heidi Heitkamp

In the 245 years since the United States of America declared its independence and birthed a democratic republic, the USA has had times of serious internal turmoil. Our country survived a bloody civil war, emerged from the Great Depression, and endured the civil unrest of the 1960s including three political assassinations and major cultural changes. In all cases, our democracy prevailed.

Even when not in crisis, America has always had its political challenges and its hard-fought and bitter elections. Look no further than the 2000 presidential election of George W. Bush that was decided by the U.S. Supreme Court.

So, why does our current political disunion and polarization seem so much more threatening to our democracy than other times in history? Part of the answer lies in what the presidency of Donald J. Trump revealed about contemporary American politics.

The Trump presidency showed that blatantly lying to the American public is not politically fatal. Mr. Trump began his term with a petty lie about the crowd size at his inauguration. His term in office ended with over 30 000 false or misleading statements and with the biggest lie of all, that the 2020 election was stolen. Yet, Mr. Trump did not suffer any meaningful political consequences. Yes, he lost an election, but in 2020 he received over 74 million votes. Most political observers believe that Mr. Trump did not lose the election because he lied, but that he lost because he failed to protect the country from a pandemic.

Mr. Trump did not invent negative campaigning or the politics of division. American politics has always been about "them versus us." But he took it to a whole new level. He pursued a political strategy that was dependent on demonizing entire, usually ethnic, groups of Americans. He exploited and irritated the cultural and regional divisions in America for personal political gain and power. He invited the worst element of our body politic, including the Proud Boys, the Oath Keepers, the Three Percenters, and QAnon, to be front row and center in his political coalition. The only requirement for inclusion was a blind loyalty to Donald J. Trump. And it worked. Using this strategy, Mr. Trump was elected president in 2016 and was almost reelected in 2020.

Whereas Mr. Trump's character flaws endangered our American democracy, the complacency of those who enabled him did so as well. Most Republican politicians understood the risks to democracy in denying a legitimate election result but stood aside and did nothing. The worst among them lent credibility to the Big Lie by openly supporting it or undermining the sanctity of our elections by questioning the legitimacy of the results. Hypocrisy, once believed politically fatal for a politician, was commonplace during the Trump presidency. Consistency, once

demanded by voters, was replaced by political expediency. Republican politicians accepted Mr. Trump's partnership with white supremacy groups; ignored Mr. Trump's dangerous relationship with the illiberal Vladimir Putin of Russia; tolerated Mr. Trump's embarrassing statements regarding "Supreme Leader" Kim Jong-Un, a ruthless dictator; and rationalized irresponsible and expensive trade policies that alienated long-standing allies in Europe and beyond. Although Trump's actions were inconsistent with previous Republican policies and norms, these politicians turned a blind eye and instead gave blind loyalty.

Mr. Trump did not create the political divisions that plague America. And the demand for blind loyalty is also not exclusively Republican. I could document trends in the Democratic Party that restrict political success for any Democrat that dares to take a contrary position on issues like the filibuster or debt and the deficit.

Today, American democracy is at an inflection point. Although we have a new president with a different ethos, the danger democracy faced, particularly in the past four years, has not passed. It is merely hibernating. Regardless of who wins future elections, the challenges to democracy presented by hyperpolarization must be treated as an ongoing structural threat to our system of self-governance.

> "It is American citizens who need to reach across our dinner tables, the local café counters, our places of worship, racial lines, and state lines to reunite this country."

The solution is hard. It depends on changing the hearts and minds of many, many Americans.

Americans implore politicians to "reach across the aisle" to find commonsense solutions to difficult problems. They engage in the magical thinking that if Democrats and Republicans were only nice to each other in Washington, our problems would be solved. This theory ignores the fact that political rewards, particularly political dollars, come to politicians who take extreme positions. History tells us that politicians will never unify the country because they never have.

Instead, it is American citizens who need to reach across our dinner tables, the local café counters, our places of worship, racial lines, and state lines to reunite this country. It can be done. Americans could once again listen to and respect the political opinions of people that they do not agree with. This dialogue could begin with one simple question: "What kind of America do we want to live in?" My guess is that regardless of political persuasion, the answers will be remarkably similar. Because we have been excessively focused on our differences, we have failed to celebrate our common purpose and goals.

Civil society must take on the lion's share of responsibility. All the institutions currently hand-wringing about polarization must act and lead. A local newspaper can facilitate a roundtable discussion between ideological opponents. A local United Way could schedule a day of service, pairing diverse-thinking people together for a volunteer task. A local evangelical church could schedule an event with refugees. Local universities or junior colleges could host virtual meetings with leaders from other countries to talk about the importance of America to democracy in the world. The possibilities are endless.

> "All the institutions currently hand-wringing about polarization must act and lead."

Also, civil society must lead a massive and aggressive attack on disinformation. U.S. Senator Patrick Moynihan famously said, "You are entitled to your opinion. But you are not entitled to your own facts." Without agreement on basic facts, governing in a democracy becomes impossible. To this end, we must begin a conversation with people who are living in that bubble. There is a right way and a wrong way to engage with them. We must understand and follow the advice of the behavioral experts in personal decision-making to better understand why people believe things we know are untrue, and we must always approach our differences with respect and curiosity. We must engage with them, or we ignore this problem at our own peril.

There are no shortcuts. This battle cannot be won by trying to control social media. Social media is here to stay. While it can be a great tool for spreading misinformation, it also is an essential tool to dispel misinformation. Regulation of social media can never replace the hard work of meaningful civil and social commitment.

Further, there must be political consequences for politicians who, without embarrassment, tell lies, ignore facts, and erode critical democratic norms. Included here are those politicians who stand silent and acquiesce. Political leaders who selfishly divide our country must be voted out of office. This level of accountability will require a new political movement that makes character and honesty a top voting issue. It is not enough to be "right" on today's issues – a public servant that would compromise honor and character for a tweeted endorsement will never do the difficult things that need to be done for our country.

Finally, do not despair. As with every other challenge America has faced, we will emerge from this time, still imperfect, but a stronger, better, and more unified nation. Americans have always risen to our collective challenges with one belief: "When we stand together unified in a common and just cause, we win." This is our essential American identity.

Will Hurd
served in Congress from 2015 to 2021 (R-Texas) and is a former undercover CIA officer in the Middle East

“Countering a Global Threat Is Easier When You Have Friends”

The U.S. is highly polarized, with misinformation at an all-time high. Meanwhile, China’s growing influence on the global stage is threatening the West’s dominance. How can the U.S. and its transatlantic allies counter such a challenge?

von Will Hurd

The world is embroiled in a new Cold War and instead of working to build a global alliance to win this battle that will influence the next century, political leaders on both sides of the Atlantic are consumed with petty political partisan fights. The transatlantic alliance forged from the ashes of World War II has been responsible for peace and prosperity for well over 70 years. However, its economic and military dominance is no longer guaranteed. We face a potential future where Mandarin and the yuan dominate the global economy, and there are still leaders that fail to recognize the potential economic impact – we will be poorer because the dollar and euro will purchase much less. Our economies will be weaker, creating less opportunities for good paying jobs, and our debts will take up a greater percentage of federal spending, which means less funds for things like infrastructure and programs to help those in need.

> “For decades, we have been naïve about China’s intentions.”

The Chinese Communist Party has made it clear that they are trying to become the sole superpower in the world by 2049, the year the Middle Kingdom celebrates one hundred years of communist rule. For years, the Chinese government has threatened global supply chains, stolen intellectual property, and economically bullied smaller countries in an effort to be the unparalleled global leader in advanced technologies, like artificial intelligence, quantum computing, aerospace engineering, and 5G.

For decades, we have been naïve about China’s intentions. Looking at the history of the U. S. and China relationship, we have a clear picture of actions that failed to produce the desired results. Economic interdependence with China and encouraging it to become part of the global economic structure did not create a genuine market economy nor did it reform China’s political system. The Trump administration’s aggressive use of sanctions failed to change the behavior of the Chinese communists and made them more entrenched and threatening towards their neighbors.

Meeting the unique challenge of facing head-to-head economic and technological competition with an authoritarian regime that will one day surpass the U. S. as the world’s largest economy requires a new approach.

In America that means we need two political parties that can engage in a competition of ideas rather than “gotcha” politics or politics of fear. We need national leaders willing to lead and ensure we are addressing our domestic issues in a way that allows us to put our financial house in order to have the resources necessary to take on this generation-defining challenge. To do this, both sides need to accept the two lessons

of the 2020 election: don't be a jerk and don't be a socialist. Donald Trump lost big-time and most Republicans on the ballot across the country in 2020 outperformed the president by significant margins. He was an anchor around the necks of Republicans on the ballot. But, the Democrats inability to win seats in the House of Representatives shows that the Republican Party has a real opportunity to grow as the far-left drags the Democrats toward an agenda that is out of touch with most Americans.

While President Biden will have to address the competing factors within his own party that may stall his agenda even though Democrats have the White House, Senate, and House of Representatives, the Republican Party must address the epidemic of misinformation that has infected the political right. Republicans will not achieve electoral success by being seen as the party that peddles conspiracy theories or encourages the domestic terrorists who charged the U. S. Capitol on January 6, 2021.

Those of us who were alive on 9/11 will always remember the image of the second plane slamming into the World Trade Center, just like all of us alive on January 6 will remember the images of thousands of people at the Capitol attempting an insurrection. Both were acts of terrorism conducted by fanatics. If Islamic terrorism was an existential challenge of the early 2000s, then the environment of disinformation, misinformation, and lies fueling domestic terrorism is the challenge of the 2020s.

> "America and its allies must work together to continue to be the world's centers of innovation."

While political polarization has only increased over the years, one of the few issues on which there is bipartisan agreement is the threat of China. While our transatlantic allies viewed Donald Trump's "America First" policy as "America Alone," there is significant enough support from both parties to support an American foreign policy that shows our friends we have their backs and scares our enemies.

Countering a global threat is easier when you have friends. American participation in and leadership of international organizations has led to peace and prosperity for hundreds of millions of people, a period almost without precedent in the history of the world. This peace has allowed our transatlantic economies to become the most important in the world. To continue this unprecedented run and to best China, America needs to strengthen our alliances, not weaken them.

Building upon existing coalitions can strengthen Western supply chains and bolster advanced manufacturing. This creates an alternative to the Chinese government's growing global influence by enabling us and our partners to compete with and out-innovate Xi Jinping's state-controlled economy.

Collaborating with our friends can also help the Biden administration ensure America and our allies maintain leadership in next-generation technologies. If we abdicate leadership in this arena, we leave a vacuum for authoritarian countries to decide and define norms for the rest of the world on everything from warfare to privacy to how the global economy works.

The challenge we face is not whether next-generation technologies will be transformative and disruptive, but how we will manage the disruption. We must meet this head-on and mobilize the resources of our nations. If we do this, we can ensure the transatlantic partnership remains the most important innovation center of the world and that the values of the free world, not autocracies, guide the development of technology.

> “To ensure that the democratic world continues to set the rules of the world in the global economy, America and its allies must work together.”

To ensure that the democratic world continues to set the rules of the world in the global economy, America and its allies must work together to continue to be the world’s centers of innovation and technological advancement. By moving past old Cold War-era thinking and implementing 21st century solutions to this new Cold War, the United States and our transatlantic allies can continue to create opportunities for billions of people around the world.

Das Jahr bei der Atlantik-Brücke

“A Hopeful Moment”

Nach dem Mord an dem Afroamerikaner George Floyd durch einen weißen Polizisten kam es in den USA zu Protesten gegen strukturellen Rassismus und Polizeigewalt. Weltweit bekundeten Menschen ihre Solidarität. Bei der Video-Diskussion ging es um die Frage, ob die Proteste der Auftakt zu grundlegenden Veränderungen sind.

Afroamerikanerinnen und -amerikaner werden überproportional häufig Opfer von Polizeigewalt. Proteste dagegen gebe es seit über 100 Jahren, erläuterte Dr. Imani Perry, Hughes-Rogers Professor am Department of African American Studies der Princeton University. Durch die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und die Offenheit einzelner Gemeinden dafür, ihre Polizeistrategie zu überdenken, könne sich nun etwas ändern. Perry sprach von einem „hopeful moment“. George Floyds Tod ist für die Protestierenden ein Symbol grundlegender Mängel bei der amerikanischen Polizei. Ihre Kritik zielt auch auf die soziale Ungleichheit zwischen schwarzen und weißen Amerikanerinnen und Amerikanern ab. Kirsten West Savali, Executive Producer beim „Essence Magazine“, betonte, dass die besonders schlechte soziale Lage schwarzer Communities sich durch die Pandemie weiter verschlimmert habe. “We now see what happens to people statistically forced to the bottom when the bottom falls out.” Diese Ungleichheit gelte es zu bekämpfen, anstatt einen Fokus auf Strafverfolgung zu legen.

Dr. Jan Philipp Burgard, Korrespondent und stellvertretender ARD-Büroleiter Washington sowie Young Leader-Alumnus 2016, zeigte sich wegen der vielen jungen Menschen, die in den USA und Deutschland auf die Straße gehen, hoffnungsvoll. Die gewaltsamen Ausschreitungen am Rande mancher Demonstrationen seien jedoch besorgniserregend und Ausdruck dafür, dass sich viele von der Politik und den Medien nicht gehört fühlen.

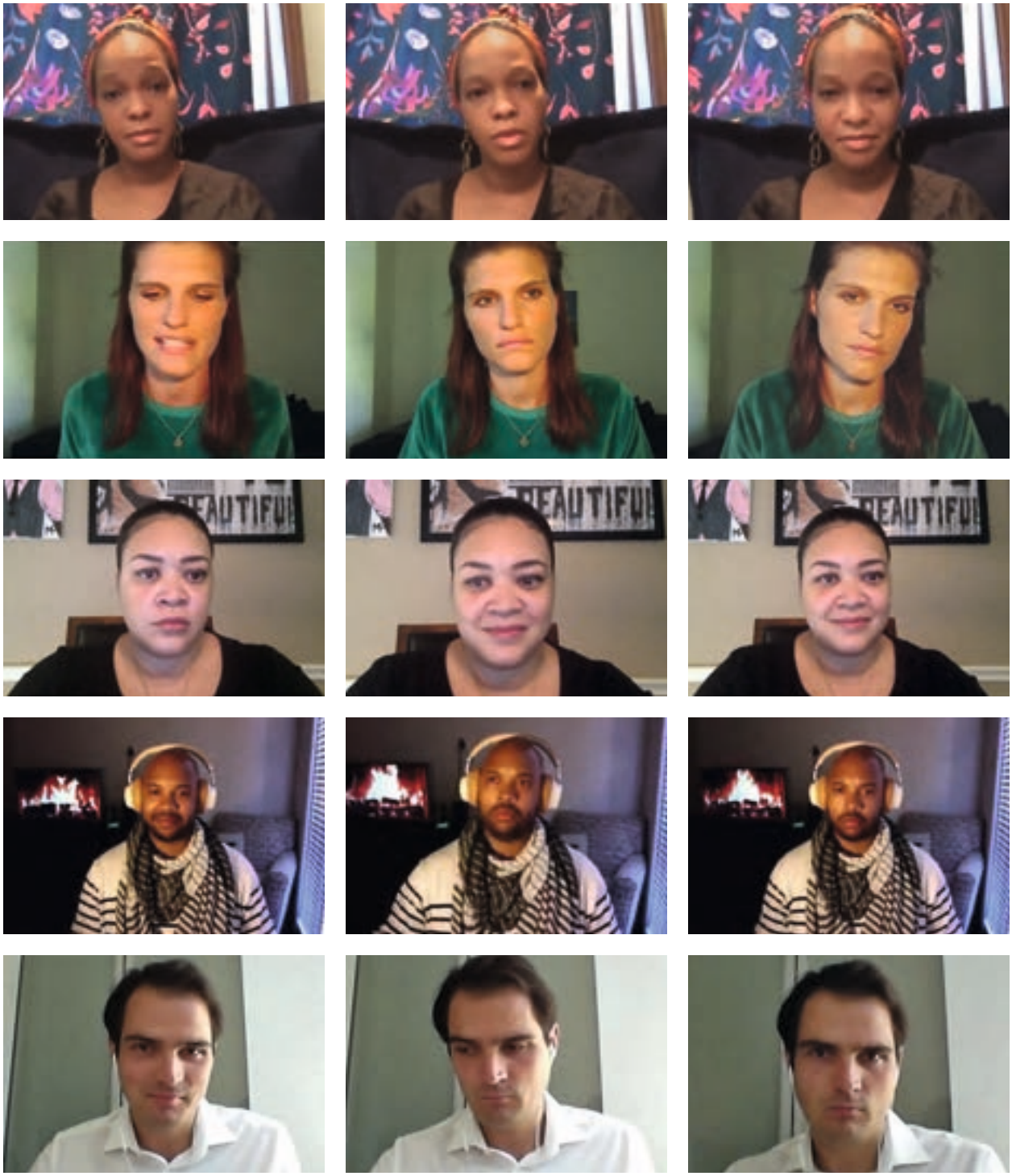
LaSean Knox-Brown, Young Leader-Alumnus 2016, berichtete von seinen Erfahrungen als afroamerikanischer Austauschschüler und -student in Deutschland. Rassismus müsse hierzulande ebenso in den Blick genommen werden wie in den USA – auch in Bezug auf Migrantinnen und Migranten.

Léa Steinacker, Chief Strategy Officer, ada, Young Leader-Alumna 2016, moderierte die Diskussion.

Hinter den QR-Codes, die im diesjährigen Jahresbericht zu finden sind, verbergen sich Videos und weitere Informationen zu den Veranstaltungen. Die Codes können mit einem QR-Code-Scanner, der im App Store erhältlich ist, geöffnet werden. Mit einem iPhone können die Codes einfach fotografiert werden. Es wird dann ein Link zu den weiterführenden Informationen angezeigt.

SCAN ME

Virtuelle Veranstaltung, 06. August 2020



von oben nach unten
Imani Perry,
Léa Steinacker,
Kirsten West Savali,
LaSean Knox-Brown,
Jan Philipp Burgard

Stronger Together: The Future of Euro-Atlantic Defense

Das 25. Atlantik-Brücke-Gespräch mit dem Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) und dem Generalinspekteur der Bundeswehr fand vor dem Hintergrund des von Präsident Donald Trump angekündigten Abzugs von US-Truppen aus Deutschland statt. Umso wichtiger war der offene Austausch in vertraulicher Runde.

SACEUR-General Tod D. Wolters und General Eberhard Zorn, Generalinspekteur der Bundeswehr, leiteten mit Impulsvorträgen zur Bedrohungslage des euro-atlantischen Raumes ein Gespräch über Fragen der zukünftigen gemeinsamen Verteidigung ein. Diskutiert wurden unter anderem aktuelle sicherheitspolitische Krisen, strategische und technische Herausforderungen der NATO, der Beitrag Deutschlands und Europas zum atlantischen Bündnis, die Open-Skies- und New-Start-Abkommen und das Verhältnis zu China. General Wolters hob hervor: "As a smart NATO, we are focused on readiness in all operational domains and apply a 360 degree approach."

Der Atlantik-Brücke-Vorsitzende Sigmar Gabriel leitete das Gespräch mit dem SACEUR, das in diesem Jahr digital stattfand. Moderator war Matthias Naß, internationaler Korrespondent der „ZEIT".

Virtuelle Veranstaltung, 18. August 2020

von oben nach unten
Eberhard Zorn,
Sigmar Gabriel,
Matthias Naß,
Tod D. Wolters

Young Leaders im Porträt

Fünf Alumni des Programms für deutsche und amerikanische Führungskräfte stellen sich vor.

Lebendige Begegnungen, neue Kontakte und persönliche Gespräche: Hierfür gab es während der Pandemie nicht viele Gelegenheiten. Die fünf Alumni der letzten Jahrgänge des Young Leaders-Programms konnten die Mitglieder der Atlantik-Brücke im vergangenen Jahr leider nicht persönlich kennenlernen. In den Porträts auf den folgenden Seiten erzählen sie ihre Geschichte und was sie bewegt. Diese individuellen Einblicke zeigen, dass die transatlantische Gemeinschaft vom leidenschaftlichen Engagement ganz unterschiedlicher Menschen lebt. Und sie machen neugierig auf künftige persönliche Begegnungen bei der Atlantik-Brücke.

Liudmila Batista

Attorney at the U.S. Department of Justice,
Office of International Affairs, Young Leader 2017

Over two decades ago, armed with a small suitcase that was filled more with dreams than belongings, part of my family and I arrived in the United States from our native Cuba. I walked down the tarmac to my first ever airplane ride feeling heartbroken to leave my mother and my sister behind. But, even at the young age of 16, I had seen and knew enough to be certain that there was no room for my dreams to flourish in the dictatorship that I called home. Of course, we confronted many new challenges in our new country, which today I understand could have been much worse compared to the stories of so many immigrants around the world. Most notably, I did not speak English, and I was unfamiliar with the new and distinct culture. Yet I quickly adapted and made the U.S. my home, with the omnipresent promise of a better life where my dreams and I could enjoy the freedom to thrive.

Indeed, my experience as an immigrant has defined me both personally and professionally. First and foremost, ensuring that my and my family's

sacrifice to find a better life does not go in vain has been and continues to be my primary motivation to reach my full potential for success. As with many immigrants, the opportunity has instilled within me a sense of responsibility and gratefulness. It has taught me not to take anything for granted as well as the value of hard work and perseverance.

Now, as a Cuban-American attorney working for the U.S. federal government, I hope to always find a way to meaningfully draw upon my immigrant experience in order to use my voice and platform to – at least in some small way – contribute to the U.S. continuing to serve as a beacon of opportunity for people like me. This hope is, of course, complicated by today's political and social upheaval, as I cannot help but to feel alarmed by growing division and polarization both at home and abroad. These developments seem to be eroding democracy and the rules and institutions that have underpinned our security and prosperity – and that years ago offered so much promise to me. However, through the commitment and vision of a new generation of leaders on both sides of the Atlantic, I remain optimistic that the shores that once welcomed me with open arms will continue to do so for others for generations to come.

Paul Ziemiak

MdB (CDU/CSU), Generalsekretär der CDU,
Young Leader 2017

August 2020. Schlechte Nachrichten aus Minsk: Die Präsidentschaftswahl in Belarus ist massiv manipuliert worden, und der Wahlfälscher Alexander Lukaschenko geht gewaltsam gegen die protestierenden Menschen vor. Belarus ist das letzte diktatorisch regierte Land auf dem europäischen Kontinent. Ein unfreies Land ohne Rechtsstaat, ohne freie und faire Wahlen. Wie verhalten wir uns dazu? Kuschen oder Haltung zeigen?

Meine Eltern haben mir immer wieder erzählt, was es bedeutet, in einem Land der Unfreiheit zu leben. Sie wollten sich mit dieser Unfreiheit nicht länger arrangieren. Als ich ein kleiner Junge war, packten sie die Koffer und verließen mit meinem Bruder und mir unsere polnische Heimat. Unsere erste Unterkunft in Deutschland war klein und wenig

komfortabel. Damals habe ich gelernt, dass sich Freiheit nicht in Quadratmetern messen lässt. Entweder man hat sie – oder man hat sie nicht.

Freiheit ist etwas, das uns über den Atlantik hinweg verbindet. Wir wissen sie zu schätzen, weil wir uns daran erinnern, wie hart wir sie uns erkämpfen mussten. Die Vereinigten Staaten waren uns Europäerinnen und Europäern dabei oft ein Vorbild. Heute schauen wir voller Stolz auf eine Europäische Union, die unserem Kontinent Frieden und Wohlstand gebracht hat; eine Europäische Union, der sich in den letzten Jahrzehnten viele andere Länder friedlich anschlossen, weil sie Teil der europäischen Idee sein möchten. Lange dachten wir, dass sich die Menschheit unaufhaltsam in Richtung Freiheit und Demokratie bewegt.

Heute sehen wir, dass der Verlauf der Geschichte völlig offen ist. Unsere Freiheit wird angegriffen – von innen und von außen. Wir beobachten, wie Nationalisten und Spalter die Errungenschaften niederreißen möchten, auf die wir so stolz sind. Und wir beobachten, wie Krisen, Terrorismus und Konflikte Menschenrechte und Freiheit gefährden. Wie autoritäre Systeme rücksichtslos ihre Macht ausbauen und unsere Art zu leben bedrohen.

Deutschland kommt in diesen unsicheren Zeiten eine entscheidende Rolle zu. Wir sind ein starkes Land im Herzen Europas mit einem klaren außenpolitischen Kompass. Wahr ist auch, dass wir uns daran erst mal gewöhnen mussten. Der German Konjunktiv „hätte“, „könnte“ und „sollte“ prägte oft die außenpolitische Debatte. Grundsatz deutscher Außenpolitik muss ein anderer sein: Tu etwas! Handle!

Mit Joe Biden als Präsident ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um die Freundschaft zwischen Washington und Berlin, zwischen den Amerikanerinnen, Amerikanern und Deutschen neu zu beleben. Wir teilen Werte, Kultur und Geschichte, gemeinsame Erfahrungen und Freundschaften, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Es ist an der Zeit, ein neues Freihandelsabkommen zu verhandeln und zu vereinbaren, dass wir dem langen Arm Chinas, der bis in den Duisburger Hafen reicht, etwas entgegensetzen. Nur so werden wir unsere kostbare Freiheit bewahren können. Ich bin der Überzeugung: Wir können das schaffen.

Zurück zum August 2020. Ich sehe im Fernsehen, wie Menschen für ihre Freiheit auf die Straße gehen und riskieren, festgenommen und sogar gefoltert zu werden. Mich erschüttern diese Bilder zutiefst, und ich kann nicht länger nur zusehen. Ich sage alle meine Termine ab und steige in den Flieger nach Litauen, um mich als erster westlicher Politiker mit der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja in ihrem Exil zu treffen. Meine Botschaft an den belarussischen Diktator: Wir stehen fest an der Seite von Hunderttausenden Menschen, die für ihre Freiheit friedlich kämpfen. Wir stehen an der Seite der Freiheit, und zwar so lange, bis sie sich für die Menschen in Belarus erfüllt hat.

Franz von Metzler

Geschäftsführer, Metzler Asset Management,
Young Leader 2019

In Frankfurt am Main und der Region sind wir – das Bankhaus Metzler ebenso wie die Familie Metzler – seit fast 350 Jahren fest verwurzelt. Vielleicht war das mit ein Grund, weswegen ich mich nach dem Abitur dazu entschieden habe, ins Ausland zu gehen. Während meines Studiums und danach im Berufsleben habe ich knapp zehn Jahre außerhalb Deutschlands gelebt und unterschiedliche Kulturen und Lebensweisen kennengelernt – in den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien. Die Erfahrung, in ein anderes Land zu ziehen, sich mit der dortigen Sprache und anderen Gepflogenheiten auseinanderzusetzen, haben mich sehr geprägt und mir Bodenhaftung verliehen.

Inzwischen arbeite ich seit fast zehn Jahren in der Finanzbranche, und in dieser Zeit hat sich viel verändert – Digitalisierung, Globalisierung

und Klimawandel führen das deutlich vor Augen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es wichtig ist, sich dem Wandel neugierig zu stellen, ihn als Chance zu begreifen, aber dabei auch die eigenen Wurzeln und Werte nicht zu vernachlässigen. Der langjährige Erfolg des Bankhauses Metzler – angetrieben durch die strategische Weitsicht unserer Vorfahren – gründet auch auf dem Leitsatz, allem Neuen stets offen gegenüberzustehen. Vor diesem Hintergrund empfinde ich es als großes Privileg, seit sechs Jahren für das Familienunternehmen zu arbeiten.

Heute sind es Themen rund um die Digitalisierung, die bei Banken ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. So auch bei uns. Dabei halten wir an einem Grundsatz fest: Im Mittelpunkt stehen immer unsere Kundinnen und Kunden. Und der wichtigste Schlüssel zum Aufbau vertrauensvoller Kundenbeziehungen ist die direkte, persönliche Kommunikation. Die Corona-Pandemie zeigt, wie schnell der persönliche Kontakt erschwert werden kann. Digitale Plattformen und Vertriebswege sind also eine sinnvolle Ergänzung zum klassischen Gespräch. Zudem bin ich fest davon überzeugt, dass die heutigen und künftigen technischen Möglichkeiten das Produkt- und Dienstleistungsspektrum sowie die Prozesslandschaft der Finanzindustrie grundlegend verändern.

Die größte globale Herausforderung ist jedoch der Klimawandel. Hier sind Unternehmen, Institutionen und Regierungen gefragt, einen Beitrag zu leisten, um die Erderwärmung zu verlangsamen und langfristig zu stoppen. Meines Erachtens werden die Finanzmärkte hierbei eine große Rolle spielen. An den Kapitalmärkten zeichnet sich schon beeindruckend ab, welche Dynamik die internationalen Verträge wie das Pariser Klimaabkommen oder der „Green Deal“ der EU auslösen: Klimarisiken sind eben auch Finanzmarktrisiken. Beispielsweise lässt sich heute schon erkennen, wie weltweit Kapitalströme umgelenkt werden, um sogenannte „Stranded Assets“ zu vermeiden, also Vermögenswerte, die durch strukturelle Veränderungen drastisch an Wert verlieren. Hinzu kommt: Eine nachhaltige Unternehmensführung senkt die Kapital- und Refinanzierungskosten eines Unternehmens, was sich dann auch im zugrunde liegenden Unternehmenswert spiegelt. Nachhaltige oder „grüne“ Anlagemöglichkeiten sind heute also gefragter denn je und können wesentlich dazu beitragen, den Klimawandel zu verlangsamen.

Der Weg zu klimaneutralen Anlageportfolios ist noch weit, der Strukturwandel angestoßen. Um den Klimawandel zu stoppen, bedarf es enormer weltweiter Anstrengungen. Ich bin jedoch fest davon überzeugt: So herausfordernd diese Anstrengungen auch sind, so viele Chancen wohnen gleichzeitig dem Ziel inne, „Net Zero“ bis 2050 zu erreichen.

Deeneaus Polk

Robert Bosch Foundation Fellow,
Young Leader 2017

It almost didn't happen, Germany and me. In the U. S., most high school students have to choose a foreign language and my selection was fraught with tension. I wanted to take French or Spanish, but both were full. My choice was between German and Latin. After hearing about the horrors of German grammar in addition to how hard and "ugly" the language was – I almost went with Latin. Over twenty (20!) years later, I have collectively spent six years of my life in *Deutschland*. A truly extraordinary situation brought me here, and I have benefited tremendously as a result.

I spent most of my early life trying to escape Mississippi and became very good at it. A disenchanted Black kid trapped within the confines of a tough community mired in drugs, crime, and economic despair. I

dreamed of venturing abroad, and after earning a Congress-Bundestag Scholarship to Germany subsequently did so. I found myself immersed in everything my small *Dorf* in Bredenborn could offer during my junior year of high school with a German family who surrounded and embraced me with a love I had never quite experienced before. I left that experience with two dreams: becoming the Ambassador to Germany and uplifting my community so that they could have these same opportunities as well.

Now, I find myself in Germany once again, this time a recent graduate of Harvard University and as a current Bosch Fellow. Over the years, Germany, *mein Zuhause* has played a significant role in helping find my calling in life. Instead of running away, I have been able to take lessons from this country and create lasting change back home in Mississippi. I helped build a statewide apprenticeship system while strengthening a burgeoning vocational education training system with sprinkles of German know-how throughout. Truly a dream come true.

Yet, when I look at the transatlantic partnership, I ask myself: are we doing enough? The relationship between Germany and the United States has changed tremendously over the past decade. Our connection to one another is now fraught with a different type of tension. We must reimagine who and what comprises our link to one another, but all is not lost.

We stand before an incredible opportunity to strengthen the transatlantic dialogue, but we cannot do so while relying on the same actors and institutions as before. We can look to the challenges that occupy us both, such as climate change or far-right ideologies. It is time to place an emphasis and premium on being purposeful about bringing diverse voices into creating solutions. The United States and Germany are becoming more colorful by the day. Demographic shifts have necessitated becoming more strategic in how we reflect the diversity of our nations onto the world. We are not doing enough.

> “Germany, *mein Zuhause,* has played a significant role in helping find my calling in life.”

Perhaps the best way to work with one another lies in high level collaboration and cooperation regarding the future of work in Germany and the United States. Imagine the leaders of both countries coming together to discuss the skills of the future, but with a particular emphasis on harnessing the potential of community in our countries. We would deepen our connection to one another while making the partnership more vibrant. Most importantly, it would turn the extraordinary circumstance by which I found myself in Germany into an ordinary circumstance for many more Germans and Americans of color.

Siemtje Möller

MdB (SPD), verteidigungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Young Leader 2018

Seit fast vier Jahren bin ich Abgeordnete des Deutschen Bundestages und vertrete meinen wundervollen Nordseeküsten-Wahlkreis in Berlin. Diese Aufgabe ist für mich sehr besonders, und noch immer ruft das Reichstagsgebäude ein Gefühl von Ehrfurcht und Verantwortung in mir hervor. Hier arbeiten zu dürfen, Entscheidungen zum Wohle der Bundesrepublik zu treffen, die Zukunft zu gestalten ist nichts, was für mich selbstverständlich ist oder in meinem Lebensweg vorgezeichnet war.

Ich bin in einer ärmlichen, aber stolzen Region geboren worden, in Emden in Ostfriesland, nahe der holländischen Grenze. Meine Eltern, beide aus einfachen Verhältnissen stammend, sind in den unruhigen 80ern durch schwere Zeiten gegangen, und am Ende war es meine starke Mutter, die mir durch exzellente Bildung ein selbstbestimmtes Leben

ermöglichte. Das unverbrüchliche Vertrauen meiner Mutter, dass ich meinen Weg machen werde, hat mich am Ende dahin gebracht, wo ich heute bin. Politisch war ich wohl schon immer. Die Zeitungslektüre gehörte seit meiner frühen Jugend ebenso dazu wie manche hitzige Diskussion am familiären Frühstückstisch. Es ist wichtig zu lernen, dass Geschehnisse, die geografisch weit weg sind, eine Auswirkung auf unser Leben haben können. Mal handelt es sich um Gedanken, Werte und Debatten, die angestoßen werden, mal konkretisieren sich die globalen Verbindungen – wie jetzt in der Pandemie. Und es ist wichtig zu lernen, dass sich Meinungsverschiedenheiten aushalten lassen, dass es gute Argumente auch für die Gegenseite gibt und jede und jeder am Ende zu einer eigenen Bewertung kommt. Respekt, die Schönheit von Vielfalt und überzeugende Argumente habe ich während meiner studiumsbegleitenden Arbeitsstationen in Brüssel, New York und Washington schätzen gelernt. Das interkulturelle Lernen, das Sich-zurechtfinden-Müssen in anderen Umgebungen und die Erfahrung, was man zu leisten in der Lage ist, haben mein Leben nachhaltig verändert.

> „Entscheidungen zum Wohle der Bundesrepublik zu treffen, die Zukunft zu gestalten ist nichts, was in meinem Lebensweg vorgezeichnet war.“

Als ich mich 2016 für die Bundestagskandidatur in meinem Wahlkreis bewarb, war ich mit dem zweiten Kind schwanger. Vorausgegangen waren dieser Kandidatur viele Gespräche zwischen meinem Mann und mir, ob und wie wir das gemeinsam schaffen. Politikerinnen und Politiker bleiben Menschen mit einem ganzheitlichen Blick, wenn sie Rückhalt in ihrer Familie haben und weiterhin Teil derselben sind. Wie mich meine Familie bei meinem Job unterstützt, ist enorm. Diese Unterstützung darf nicht unterschätzt werden, weil sie oft nicht sichtbar ist. Der Glaube an sich selbst, der Wille, etwas zu schaffen, und der Rückhalt meiner Familie haben mir meinen Weg ermöglicht.

„Es kommt darauf an, die Segel richtig zu setzen“

Beim Sommerempfang sprachen Sigmar Gabriel und der ehemalige deutsche Botschafter in Washington, Dr. Peter Wittig, über den veränderten öffentlichen Diskurs in den USA, Deutschlands internationale Rolle und China.

Beim ersten persönlichen Empfang der Atlantik-Brücke, der nach allen Regeln des Social Distancing an einem verregneten Tag im Garten des Magnus-Hauses stattfand, hieß Sigmar Gabriel die Gäste willkommen und freute sich, „dass die Atlantik-Brücke sich durch nichts umwerfen lässt, auch nicht durch schwierige Witterungsbedingungen“.

Mit Blick auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen mahnte er: „Wir sollten für das Verständnis werben, dass Deutschland das, was es ist, nicht ohne die Amerikaner geworden wäre und es auch ohne die Amerikaner als Alliierte nicht bleiben wird.“ Es sei außerdem unumgänglich, so Gabriel, souverän auf eine nachhaltig geänderte geopolitische Lage zu reagieren: „Egal, woher der Wind weht: Es kommt darauf an, die Segel richtig zu setzen.“

Sigmar Gabriel im Gespräch mit Dr. Peter Wittig

Im Gespräch zwischen Sigmar Gabriel und Dr. Peter Wittig, das von Dr. David Deißner moderiert wurde, ging es um die politische Lage in den USA, das transatlantische Verhältnis und um China.

Herr Wittig, zwei Jahre nach Ihrer Zeit als Botschafter in Washington wurde Donald Trump zum Präsidenten der USA gewählt. 2018 haben Sie Washington verlassen. Hat sich Amerika seitdem verändert?

Peter Wittig: Die Polarisierung des Landes hat sich weiter verschärft. Der öffentliche Diskurs ist in einer Weise verroht, wie das damals noch nicht der Fall war. Was mich betrübt, ist die Abwendung der Menschen nicht nur von Washington, sondern von der Politik überhaupt, der immense Vertrauensverlust gegenüber den öffentlichen Institutionen und die Geringschätzung des Public Service. Auf der anderen Seite gibt es auch viel Positives zu

oben
Sigmar Gabriel,
David Deißner,
Peter Wittig

unten
Die Mitglieder
im Garten des
Magnus-Hauses

sagen: Die starken Institutionen der ersten verfassungsmäßigen Demokratie der Welt sind letztlich unverwüstlich. Und eine enorme Zahl junger Menschen engagiert sich. Sie drängen – vielleicht auch etwas diffus – auf Veränderung und wollen die Dinge im Land zum Besseren wenden.

Werden sich die transatlantischen Beziehungen unter einem neuen Präsidenten ändern?

Wittig: Es gibt meines Erachtens strukturelle Dinge in Bezug auf Europa, die sich nicht ändern werden. Auf die Rückkehr zum Status quo ante sollten wir nicht hoffen. Die USA werden weniger „europäisch". Das ist einfach der demografischen und geostrategischen Lage geschuldet. Die zweite Kontinuität ist das Verhältnis der USA zu China. Es wird vermutlich kritisch und antagonistisch bleiben und nicht mehr, wie noch unter der Regierung Obama, aus einer balancierten Mischung zwischen Kooperation und Wettbewerb bestehen. Das ist eine gewaltige Herausforderung für Europa. Wir sind in Gefahr, zwischen die Mühlsteine zu geraten, wenn wir uns da nicht stark aufstellen. Ich denke, dieser fundamentale strategische Wettbewerb zwischen den USA und China wird die nächsten Jahrzehnte entscheidend bestimmen. Auf diesen Wettbewerb muss sich Europa in einer neuen Weise einlassen.

> „Der fundamentale strategische Wettbewerb zwischen den USA und China wird die nächsten Jahrzehnte entscheidend bestimmen." Dr. Peter Wittig

Herr Gabriel, wenn man die Deutschen heute fragt, wie groß ihr Vertrauen zu China und den USA ist, liegen die Zahlen erschreckend nah beieinander. Wie können wir gerade die jüngere Generation davon überzeugen, dass das transatlantische Verhältnis ein besonderes und schützenswertes ist?

Sigmar Gabriel: Ich glaube, an dieser Debatte ist auch ein bisschen etwas Verlogenes: Kein Mensch möchte die Lebensverhältnisse, die wir in Europa und den USA haben, tauschen mit denen in China oder in Russland. Aber das hat wahrscheinlich auch etwas damit zu tun, dass wir in Deutschland gerade nach der Wiedervereinigung das Bewusstsein verloren haben, dass wir es alleine nicht schaffen können. Kissinger hat einmal gesagt, die Deutschen seien zu groß für Europa und zu klein für die Welt. Es gibt in Deutschland eine Sehnsucht, zu einer zweiten Schweiz zu werden: wirtschaftlich erfolgreich und politisch neutral. Ich halte das für erstens unrealistisch und zweitens für gefährlich. Wir haben in Europa Nachbarn, die unserem Land seit einigen Jahrzehnten gerade deshalb trauen, weil es eine enge Beziehung zu den Vereinigten Staaten hat. Dass Deutschland und Europa auf das Verhältnis zu den USA mindestens ebenso angewiesen sind wie umgekehrt, ist in Vergessenheit geraten. Wir haben den Eindruck, dass wirtschaftlicher Erfolg und gute internationale Beziehungen keine Kosten haben. Viele Deutsche wünschen sich, wie übrigens auch viele Amerikaner, den Abschied der USA als Weltordnungsmacht. Nur darüber, wie es danach aussieht, machen sie sich keine Gedanken. Wir müssen uns trauen, eine öffentliche Debatte darüber zu führen, wie groß unsere Rolle in der Welt sein kann und wie sehr sie auf Partnerschaft angewiesen ist.

oben
Sigmar Gabriel

unten
Verena Lepper,
Kai Diekmann

„Es gibt nur einen großen Partner für Europa“

Die Mitglieder der Atlantik-Brücke kamen Mitte September 2020 zu einem Spätsommerempfang auf der Terrasse der Frankfurter Gesellschaft zusammen.

Beim Wiedersehen in Frankfurt unter freiem Himmel war die Stimmung herzlich. Jürgen Conzelmann, Leiter der Regionalgruppe Frankfurt, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Der Vorsitzende der Atlantik-Brücke, Sigmar Gabriel, und Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, diskutierten anschließend über die Idee des Westens, das Verhältnis Europas und der USA zu Russland und die innenpolitische Situation in den USA.

Auf die Frage Frankenbergers, wie nötig Deutschland die USA brauche, sagte Sigmar Gabriel: „Dass der Mensch frei und gleich geboren ist und unveräußerliche Freiheits- und Menschenrechte hat, ist nichts Selbstverständliches. Das ist das gemeinsame Angebot dessen, was wir mal den Westen genannt haben. Und für dieses gemeinsame Angebot an die Welt gibt es nur einen großen Partner für Europa: die Vereinigten Staaten.“ Er regte an, den Begriff des Westens zu überdenken, um stärker zu betonen, dass es sich um Staaten mit gemeinsamen Werten und nicht um eine gemeinsame geografische Lage handelt.

Zu Russland stellte Gabriel klar, dass das Land zwar wirtschaftlich und technologisch keine Gefahr bedeute, wohl aber militärisch. Viele in Deutschland würden diese militärische Gefahr nicht ernst nehmen, den baltischen Staaten und Polen jedoch sei sie sehr präsent. Gabriel plädierte dafür, dass Deutschland 1,5 Prozent des BIP in die Bundeswehr investiere und 0,5 Prozent in die Verteidigungsfähigkeit Osteuropas. Mit einer aktiveren Rolle in Osteuropa könne Deutschland die USA entlasten und gleichzeitig das Vertrauen in Osteuropa stärken. Zudem sei es für die deutsche Regierung wichtig, Europa zu einen und „dafür zu sorgen, dass wir ökonomisch und technologisch etwas in die Waagschale werfen können“, um international ernst genommen zu werden. Im Gespräch ging es auch um die angespannte innenpolitische Lage in den USA.

oben links
Michel Friedman,
Sigmar Gabriel

oben rechts
Arne Fuchs,
Stefanie Rühl-Hoffmann,
Rudolf Scharping,
David Knower

mitte links
Michael Fabich,
Hagen Schremmer,
Marc Moussalli

mitte rechts
Andreas R. Dombret,
Jürgen Conzelmann,
Katja Schremmer,
Friedrich Bieselt

unten
Die Mitglieder
auf der Terrasse der
Frankfurter Gesellschaft

oben
Sigmar Gabriel,
Klaus-Dieter Frankenberger

unten
Jürgen Conzelmann,
Christine Graeff

oben
Die Mitglieder auf der Terrasse der Frankfurter Gesellschaft

unten
Michael Fabich, Frank Wehking, Klaus-Dieter Frankenberger, David Deißner

GEPLANTER ABZUG VON US-TRUPPEN AUS DEUTSCHLAND

Der ehemalige Befehlshaber der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) der NATO in Afghanistan, General John R. Allen, jetziger Präsident der Brookings Institution, diskutierte mit dem Atlantik-Brücke-Vorsitzenden Sigmar Gabriel am 1. Juli 2020 über die in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte und Trumps Ankündigung, 9.500 Soldatinnen und Soldaten abzuziehen. Moderiert wurde das Gespräch von Stefan Kornelius, „Süddeutsche Zeitung“.

“THEIR MOST SIGNIFICANT POWER IS GETTING INTO PEOPLE’S HEADS”

Am 22. September 2020 konnten Mitglieder im Privathaus der Familie Warburg in Hamburg live bei einem Video-Call mit der CNN-Korrespondentin Clarissa Ward und Sigmar Gabriel dabei sein. Es ging um die Einmischung Russlands in die US-Wahlen 2016.

“KNOWING EACH OTHER?”

Im Rahmen der Reihe „Road to Election Night & Beyond“ diskutierten die deutsche Botschafterin in den USA, Dr. Emily Haber, und der ehemalige amerikanische Botschafter in Deutschland, John B. Emerson, am 23. September 2020 darüber, welches Bild Deutsche und Amerikaner voneinander haben.

WIE MIT CHINA VERHANDELN?

Darüber sprach Tom L. Friedman, Op-Ed-Kolumnist der „New York Times“, am 13. Oktober 2020 mit der Atlantik-Brücke. Friedman plädierte für eine geeinte transatlantische Strategie gegenüber Peking, da zusammen mehr Druck aufgebaut werden könne als in bilateralen Verhandlungen.

SIGMAR GABRIEL DISKUTIERT MIT LEIPZIGER STUDIERENDEN

Was verbindet Deutschland und Amerika, was trennt uns? Sigmar Gabriel sprach am 30. September 2020 mit Studierenden in Leipzig über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und die Verschiebung globaler Machtverhältnisse. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Deutsch-Amerikanischen Institut Sachsen (DAIS) statt.

„AMERICA'S CHOICE"

Im gemeinsamen Podcast der Atlantik-Brücke und dem Aspen Institute Germany sprechen Dr. David Deißner und Dr. Stormy-Annika Mildner, Executive Director des Aspen Institute Germany, mit Expertinnen und Experten über die aktuellen politischen Entwicklungen in den USA und wie sich diese auf die transatlantischen Beziehungen auswirken.

„WAHLTAG IN AMERIKA“

Am 3. November 2020 gaben führende Transatlantikerinnen und Transatlantiker kurz vor Schließung der Wahllokale ihre Einschätzung zum Wahlkampf. Auch der stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, Professor Dr. Michael Hüther, und Vorstandsmitglied Alexander Graf Lambsdorff waren unter den Diskussionsteilnehmenden. Die Veranstaltung war Teil der Reihe „Road to Election Night & Beyond“, die die Atlantik-Brücke in Kooperation mit transatlantischen Organisationen und politischen Stiftungen organisierte.

US-AUSSENPOLITIK UNTER BIDEN

Am 16. Dezember 2020 ließen Elmar Theveßen, Leiter des ZDF-Studios in Washington, D.C., Susan B. Glasser, „The New Yorker“, und Sigmar Gabriel das vergangene Jahr gemeinsam Revue passieren und warfen einen Blick in die Zukunft der transatlantischen Beziehungen.

„TRANSATLANTISCH? TRAUT EUCH!“

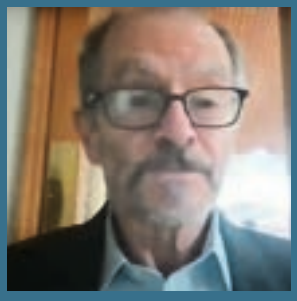
Wie kann ein Neustart der transatlantischen Beziehungen gelingen? Handlungsempfehlungen gibt ein Aufruf, der von 18 Vertreterinnen und Vertretern transatlantischer Organisationen erarbeitet wurde, darunter auch Dr. David Deißner, der Geschäftsführer der Atlantik-Brücke. Am 20. Januar 2021 wurde der Text im Rahmen einer Diskussion vorgestellt.

YOUNG LEADERS-KONFERENZ PRE-MEETING

Transatlantisches Reisen war 2020 nicht möglich – unser aktueller Young Leaders-Jahrgang traf sich nur zu einem ersten Kennenlernen. Einige in Deutschland ansässige Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen am 16. Oktober 2020 im Schloss Neuhardenberg bei Berlin zusammen, die übrigen waren per Videoschalte dabei. Im Gespräch mit Alumni des Programms ging es um transatlantische Herausforderungen der kommenden Jahre. Professor Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments a. D., hielt die Keynote.

VERTAUSCHTE ROLLEN

Am 4. Februar 2021 interviewte Sigmar Gabriel die Young Leaders-Alumni Kirsten Rulf, Referatsleiterin für Grundsatzfragen der Digitalpolitik, Bundeskanzleramt, Julia Friedlander, C. Boyden Gray Senior Fellow and Deputy Director, GeoEconomics Center, Atlantic Council, Stefan Eich, Assistant Professor of Government, Georgetown University und Alton Buland, Director for European Policy, Office of the U.S. Secretary of Defense.

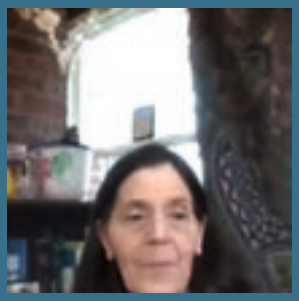


TRANSATLANTISCHE ENERGIEPOLITIK

Eine umstrittene Gaspipeline, neues amerikanisches Engagement im Klimaschutz, alternative Energiequellen: Über diese Themen sprachen am 1. März 2021 die ehemaligen Botschafter Richard Burt, Daniel Fried und Janusz Reiter mit Mario Mehren, Wintershall Dea, Dr. Kirsten Westphal, SWP, und Professor Dr. Friedbert Pflüger, CASSIS, Universität Bonn. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit „Energiegespräch am Reichstag“ statt.

DIGITIZATION NEEDS DIVERSITY

Der erste Teil der „Female Leadership Workshop Series“ fand am 11. März 2021 statt. Zusammen mit den Rednerinnen Angelika Gifford, Vizepräsidentin Zentraleuropa, Facebook, Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke, und Dr. Katrin Suder, Vorsitzende des Digitalrats der Bundesregierung, diskutierten die Teilnehmerinnen Fragen zur Digitalisierung und gesellschaftlichen Teilhabe. Die Workshop-Reihe wird in Kooperation mit The GroUP ausgerichtet.



“A NEW GREEN ERA”

Das Gespräch am 9. Februar 2021 zwischen Sigmar Gabriel, Werner Baumann, Bayer, Lynn Scarlett, The Nature Conservancy, und Frans Timmermans, geschäftsführender Vizepräsident und Kommissar für Klimaschutz, EU-Kommission, drehte sich um die transatlantische Kooperation im Klimaschutz. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Bayer AG statt.

100 TAGE PRÄSIDENT BIDEN

Michael Werz, Senior Fellow am Center for American Progress, traf am 21. April 2021 „Spiegel“-Autorin Christiane Hoffmann zum Atlantik-Brücke-Interview über die ersten Monate der Biden-Administration und das innen- und außenpolitische Programm des Präsidenten.

Über Identitätspolitik, den demografischen Wandel und eine transatlantische Agenda

Die gemeinsame Konferenz der Atlantik-Brücke und des American Council on Germany fand dieses Mal per Videoschalte statt. Im Gespräch mit hochrangigen Gästen ging es um die tiefer werdende gesellschaftliche Spaltung, den demografischen Wandel auf beiden Seiten des Atlantiks und die Zukunft der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit.

10. September 2020
Identitätspolitik und politischer Diskurs

Im 20. Jahrhundert war es in erster Linie die ökonomische Ungleichheit, die zu sozialer Spaltung führte. Heute sei nicht nur die gesellschaftliche Kluft in den USA tiefer geworden, der Diskurs habe sich auch grundlegend gewandelt, so der Politologe Francis Fukuyama. Auf allen Seiten des politischen Spektrums gehe es um Identitätsfragen, Anerkennung und gesellschaftlichen Status. Der Stanford-Professor erläuterte im Gespräch mit Christiane Hoffmann, Autorin des „Spiegel"-Hauptstadtbüros, dass die Corona-Pandemie diese Spaltung noch weiter verstärke. Selbst das Tragen von Schutzmasken sei zu einem politischen Statement geworden. Eine Maske zu tragen – oder sie nicht zu tragen – signalisiere ein Zugehörigkeitsbekenntnis zu einer politischen Gemeinschaft.

> „Fortschritt verläuft nicht linear. Es kommt zu gewaltigen Rückschlägen. Dennoch weist die gesamte Kurve in Richtung Demokratie."
>
> Francis Fukuyama,
> Olivier Nomellini Senior Fellow,
> Freeman Spogli Institute
> for International Studies,
> Stanford University

SCAN ME

Auch um die Rolle der Medien ging es in der virtuellen Diskussion. Fukuyama mahnte Journalistinnen und Journalisten, an ihrer Objektivität festzuhalten und Medien nicht zu Instrumenten politischer Lager zu machen: „Es ist wichtig, dass die Medien sich selbstkritisch hinterfragen", so Fukuyama. Auch die Presse hege subtile Vorurteile, die sich zum Beispiel darin zeigen, welche Themen Sendezeit bekommen und welche nicht.

Mit Blick auf die Zukunft sagte der Autor des Buches „The End of History and the Last Man": „Fortschritt verläuft nicht linear. Es kommt zu gewaltigen Rückschlägen. Dennoch weist die gesamte Kurve in Richtung Demokratie."

29. Oktober 2020

Demografischer Wandel in den USA und Deutschland

Die USA werden in den nächsten 20 Jahren zu einer „Majority-Minority"-Nation, mit Latinos als größter Minderheitengruppe. Bei einer Diskussion über den demografischen Wandel in Deutschland und den USA betonte darum Joaquín Castro, demokratisches Mitglied des US-Repräsentantenhauses aus Texas, die Notwendigkeit, Latinos politisch stärker einzubinden. Der Vorsitzende des Congressional Hispanic Caucus erklärte, dass es leichter geworden sei, Wählergruppen zu erreichen, die auf die amerikanische Politik in der Vergangenheit keinen großen Einfluss hatten. Janet Murguía, Präsidentin und Geschäftsführerin der Non-Profit-Organisation UnidosUS, hob hervor: „Die Latino-Community ist keine einheitliche Gruppe." Latinas und Latinos hätten unterschiedliche Interessen, auch ihr Herkunftsland spiele dabei eine Rolle. Dies müssten viele Amerikanerinnen und Amerikaner noch lernen.

> „Die Latino-Community ist keine einheitliche Gruppe."
>
> Janet Murguía,
> Präsidentin und Geschäftsführerin
> der Non-Profit-Organisation UnidosUS

Auch die deutsche Gesellschaft wird vielfältiger, fast ein Viertel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Deshalb plädierte Janet Murguía für mehr Integration in Deutschland. Für Immigranten in den USA sei die Möglichkeit, die amerikanische Staatsbürgerschaft zu erlangen, für ihr Zugehörigkeitsgefühl sehr wichtig. Cem Özdemir, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), stimmte zu, dass die Integration hierzulande noch einige Hürden zu überwinden habe. Es sei in Deutschland schwieriger als in den USA, sich als Teil der Nation und gleichzeitig als Moslem zu identifizieren. Özdemir sprach sich jedoch dafür aus, dass die Politik sich nicht in alle Bereiche einmischen und jeder selbst

SCAN ME

> „Nur die USA können den Einfluss Chinas auf die Indo-Pazifik-Region ins Gleichgewicht bringen.“
>
> Sigmar Gabriel,
> Vizekanzeler a. D.,
> Vorsitzender der Atlantik-Brücke

entscheiden sollte, wie er sich bezeichnet. Wichtig sei es, sich bezüglich gemeinsamer Werte einig zu sein.

Professorin Dr. Petra Bendel von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg hob hervor, dass Europa und vor allem Deutschland von traditionellen Einwanderungsländern wie den USA lernen könne und solle. Zudem sei der deutsche Arbeitsmarkt auf Einwanderer angewiesen, sowohl auf Fachkräfte als auch auf ungelernte Arbeitskräfte. Und die Corona-Pandemie habe dies noch deutlicher gemacht: Vor allem im Gesundheitssektor und in systemrelevanten Berufen fehlen Arbeitskräfte.

Moderiert wurde die Diskussion von Michael Werz, Senior Fellow am Center for American Progress, Senior Fellow der Stiftung Mercator von 2020 bis 2021 und Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke.

02. Dezember 2020
Eine neue transatlantische Agenda 2021

Was bedeutet der Wechsel im Weißen Haus für die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA? Darüber sprachen Sigmar Gabriel, Vizekanzler a. D. und Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und John B. Emerson, der ehemalige US-Botschafter in Berlin und Vorsitzender des American Council on Germany. Sie erörterten das Verhältnis der transatlantischen Partner zu China, die Debatte um Nord Stream 2 sowie Deutschlands Rolle in einer multilateralen Weltordnung.

SCAN ME

Mit Blick auf China betonte Gabriel, dass es nachvollziehbar sei, dass sich die USA stärker in Richtung Pazifik orientieren. Dieser geopolitische Schwenk sei auch im Interesse Deutschlands. „Nur die USA können den Einfluss Chinas auf die Indo-Pazifik-Region ins Gleichgewicht bringen“, so der ehemalige Bundesaußenminister. Doch das hieße für Deutschland auch, dass es sich im Gegenzug viel stärker um seine eigene Nachbarschaft kümmern muss.

> „Was wir – Europa und die USA – China voraushaben, sind Allianzen, die auf gemeinsamen Werten beruhen.“
>
> John B. Emerson,
> ehemaliger US-Botschafter in Berlin,
> Vorsitzender des American Council on Germany

John B. Emerson ergänzte, dass China auch in Zukunft nicht den Lauf der Welt bestimmen werde. „Was wir – Europa und die USA – China voraushaben, sind Allianzen, die auf gemeinsamen Werten beruhen.“ Zu diesen Werten gehörten neben Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit auch die Menschenrechte. Die Biden-Administration habe klargemacht, dass Menschenrechte ein elementarer Teil ihrer Außenpolitik sein werden.

In Bezug auf die transatlantische Kooperation im Bereich Energiepolitik warnte Emerson davor, sich auf kontroverse Themen wie die Pipeline Nord Stream 2 zu versteifen, sondern den Austausch bei Themen zu suchen, bei denen man gemeinsame Ziele erreichen könne.

Die Diskussion moderierte Christiane Meier, ARD-Korrespondentin und Büroleiterin in New York.

Über die Notwendigkeit einer transatlantischen Wasserstoffstrategie

Beim Energy Breakfast Roundtable mit Expertinnen und Experten in Berlin ging es um eine zukunftsträchtige Energiequelle.

Während der Corona-Pandemie werden viele Länder aufgrund des drastischen Rückganges der CO_2-Emissionen ihre Klimaziele kurzfristig um Längen übertreffen. Um ein langfristiges Umdenken in den globalen Volkswirtschaften in Gang zu setzen, bedarf es jedoch struktureller Veränderungen und neuer Energieformen.

Beim Energy Breakfast Roundtable diskutierten Dirk Nowak, SDI Management Consulting, und Dr. Emre Gençer, MIT Energy Initiative Cambridge, über die Notwendigkeit, innovative Formen der Energieerzeugung und -speicherung konsequent zu fördern. Die Redner gingen auch der Frage nach, welche Veränderungen es im Energiesektor braucht, um den Klimawandel einzudämmen und zu bekämpfen. So machen zum Beispiel die neuesten Entwicklungen in der Wasserstoffforschung Hoffnung.

Gençer erläuterte die größten Hürden in der Produktion, im Transport und in der Lagerung von Wasserstoff und plädierte für eine globale Wasserstoffstrategie und internationale Zusammenarbeit: “We are all in this together. We need to develop a global hydrogen strategy, and regional strategies will be a part of that. We only have a short amount of time to address this climate challenge and to make sure that we expedite the research and analysis in this field. We need to work together with European institutions, as well as with those from America and other parts of the world. Everyone has their own technologies and know-how, and we need to bring this expertise together.”

oben links
Hildegard Müller

oben rechts
Gernot Kalkoffen

mitte links
Eckart von Klaeden

mitte rechts
Reiner Hoffmann

unten
Dirk Nowak

Ist eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen in Sicht?

Unmittelbar vor der US-Präsidentschaftswahl im November sprach der frühere US-Botschafter in Brüssel Anthony L. Gardner mit Sigmar Gabriel über den Zustand der transatlantischen Beziehungen.

Eine Bilanz der transatlantischen Beziehungen nach vier Jahren Präsidentschaft Donald Trumps zogen Botschafter a. D. Anthony L. Gardner und Sigmar Gabriel im gemeinsamen Gespräch. Gardner stellte zunächst die zentralen Thesen seines Buches „Stars with Stripes: The Essential Partnership between the European Union and the United States“ vor. Anschließend diskutierte er mit dem Vorsitzenden der Atlantik-Brücke über das beschädigte transatlantische Verhältnis und dessen Zukunft.

> “We have to build something, not just clear the wreckage. That is going to be the big challenge.” Anthony L. Gardner

Auf die Frage, was er sich für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen erhoffe, antwortete Gardner: “Repair the damage. But that’s not enough, we have to build something, not just clear the wreckage. That is going to be the big challenge.” Der frühere Botschafter sieht eine wichtige Aufgabe darin, den Glauben der Amerikanerinnen und Amerikaner an die Zusammenarbeit mit Verbündeten und an eine regelbasierte Weltordnung zu stärken: “It’s going to be important to prove that respecting rules, international organizations, multilateralism and working with allies yields better results for the U.S. and for the middle class. If we fail in making that case, we will face a more virulent form of demagogy and populism in four years.”

Sarah Kelly, Anchor-at-Large, DW News (Deutsche Welle), moderierte die Diskussion. Das Event wurde initiiert von Alexandra Oetker und fand in Kooperation mit der European School of Management and Technology Berlin (ESMT) statt.

SCAN ME

Berlin, 27. Oktober 2020

oben
Anthony L. Gardner

unten
Anthony L. Gardner,
Sigmar Gabriel,
Sarah Kelly

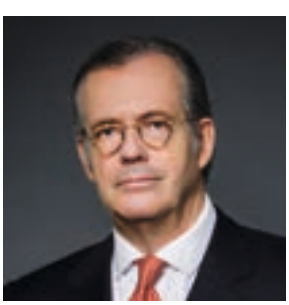
Eine Zeit des Aufbruchs

Mitglieder der Atlantik-Brücke geben ihre Einschätzungen zu den Hürden, die Europa und die USA gemeinsam überwinden müssen, und erläutern ihre Hoffnungen für die Zukunft.

Auf welchem Gebiet sollten Europa und die USA besonders intensiv zusammenarbeiten?

Astrid Hamker, Präsidentin, Wirtschaftsrat der CDU, Inhaberin, KOMPASS Beratung, Gesellschafterin Piepenbrock Unternehmensgruppe

„Grundsätzlich begrüße ich die Ankündigung der Biden-Administration, die transatlantischen Verbindungen reparieren zu wollen. Die USA und Europa sollten als verlässliche Partner mit ähnlichen Werten wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Fragen stärker gemeinsam beantworten. Ein zentrales Vorhaben in der Handelspolitik sind die Reform der WTO und die Aufnahme regelmäßiger Gespräche. Europa hat vorgeschlagen, eine transatlantische Allianz für Zukunftstechnologien zu bilden. Das ist eine gute Idee: Die USA und die EU verfügen über unterschiedliche Kompetenzen, etwa in der Digitalisierung oder im Ingenieurwesen. Beide sind sehr wichtig für die Entwicklung von Zukunftstechnologien."



Kolja von Bismarck, Rechtsanwalt und Partner, Sidley Austin LLP

„Wichtige Themen, bei denen sich die Biden-Administration mit den Atlantikern in Europa abstimmen sollten, sind:

- die Aufgaben- und Lastenverteilung beim Umgang mit einer veränderten Bedrohungslage in Europa wie die Abwehr von Cyber-Angriffen
- die Eindämmung wechselseitiger Handelsbeschränkungen, das Einhegen von Big Media sowie eine globale Mindestbesteuerung von Unternehmen
- eine multilateral gesichtswahrende, kluge Lösung des Nord-Stream-2-Dilemmas und eine enge Kooperation bei einer globalen Impfkampagne."

Was erhoffen Sie sich für die transatlantische Zusammenarbeit der nächsten Jahre?

Hildegard Müller, Präsidentin, Verband der Automobilindustrie

„Die Automobilindustrie verpflichtet sich zur klimaneutralen Mobilität bis 2050. Mit der neuen US-Administration hat Europa jetzt die Chance, die gewaltige Herausforderung des Klimawandels zu meistern und dabei Wachstum und Wohlstand durch Technologieoffenheit zu sichern. Die ‚Allianz für grüne Technologien' und eine transatlantische Lösung beim Emissionshandel sind dabei erste richtige Impulse. Außerdem müssen wir den freien und fairen Welthandel wieder zum international unanfechtbaren Grundsatz machen. Es bleibt eine weitere zentrale Aufgabe: die Zusammenarbeit zwischen den Demokratien dieser Welt zu stärken. Europa muss gemeinsam mit den USA der Bedrohung gemeinsamer Werte entgegentreten. Wir müssen gemeinsam für Demokratie, Menschenrechte und Völkerrecht kämpfen."

Prof. Dr. Andreas R. Dombret, Global Senior Advisor, Oliver Wyman, Vorstandsmitglied, Atlantik-Brücke

„Ich bin zuversichtlich, dass die transatlantische Partnerschaft in den nächsten Jahren – ungeachtet aller bleibenden Herausforderungen – wieder stark werden kann. Das ist auch notwendig, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen. Was wir jetzt brauchen, sind Verlässlichkeit, Stabilität und vor allem intakte Handelsbeziehungen. Ich hoffe, dass Europa und die USA weiter aufeinander zugehen und bereit sind, notwendige Kompromisse einzugehen. Dass wir die europäisch-amerikanischen Beziehungen nicht für selbstverständlich nehmen dürfen, haben die letzten vier Jahre deutlich gezeigt. Die Grundlage einer belastbaren Partnerschaft aber legen wir auf dieser Seite des Atlantiks: Wir Europäerinnen und Europäer müssen den Weg tieferer Integration wieder konsequenter weitergehen – nur so kann die notwendige Handlungsfähigkeit zurückgewonnen werden."

David W. Detjen, Senior Counsel, Alston & Bird LLP

"My hope is that the leaders of the United States, Germany, and the rest of Europe come to the realization – and, more importantly, act on the realization – that they have a common destiny in terms of trade, domestic economic structures, strategic defense, and preservation of democratic values. The great challenge will be whether the U.S. leadership can be convinced to see U.S.-European relations as a high priority."

Was ist derzeit die größte Hürde für die transatlantische Zusammenarbeit, und wie können wir sie überwinden?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft

„Wir haben ein klares Ziel: zusammen statt gegeneinander. Wir müssen den Handelskonflikt um Flugzeugsubventionen und Stahl- und Aluminiumexporte beilegen. Dazu brauchen wir einen neuen transatlantischen Schulterschluss. Denn Strafzölle aus diesem Konflikt belasten seit Monaten auch Unternehmen unserer Ernährungswirtschaft, vom Weinbau bis hin zu Süßwaren. Dass es jetzt gelungen ist, die Strafzölle für vier Monate auszusetzen, ist ein gutes Signal. Diese Zeit sollten wir nutzen, denn Strafzölle schaden, auf beiden Seiten des Atlantiks. Wer hingegen regelbasierten, respektvollen Handel miteinander treibt, der hat Interesse aneinander, Interesse am Markt und an Land und Leuten des anderen. Das bringt Verständnis und Perspektivenwechsel. Deshalb: Brücken bauen, über den Atlantik, das ist mehr denn je gefragt."

Sabia Schwarzer, Global Head of Communications and Reputation, Allianz

„Das Fundament der transatlantischen Beziehungen ist beständig und beruht auf gemeinsamen Werten. In der Zeit des Kalten Krieges noch geeint durch das Verständnis eines freiheitlichen *way of life*, geht seit 1989 ein feiner Riss durch dieses Bündnis. Zu viele Waffen, zu geringer NATO-Beitrag, zu wenig Sozialstaat, zu viele eigensüchtige Deals mit Russland und China – teils kleinlich muten die Auseinandersetzungen an.

Wir sind bequem geworden, haben ‚Transatlantik' für selbstverständlich genommen. Doch Beziehungen brauchen Pflege und gemeinsame Bemühungen. Um dem Klimawandel, Cyber- und Terrorrisiken, Pandemien und Demokratie-Farcen erfolgreich ein Ende zu setzen, bedarf es jetzt neuer Gemeinsamkeiten. Es geht darum, miteinander für freiheitliche Werte zu kämpfen statt gegeneinander."

Anna von Bayern, Chief Corporate Affairs Officer, Coty

„Die größten Hürden im Transatlantischen, die wir überwinden müssen, sind unsere Geschichtsvergessenheit, unsere moralische Überheblichkeit und unsere opportunistische Äquidistanz. Deshalb ist die Atlantik-Brücke für Deutschland von so großer Bedeutung."

Die transatlantischen Beziehungen nach Trump: Wie können wir wieder zusammenwachsen?

Michelle Müntefering, Staatsministerin für internationale Kulturpolitik, Auswärtiges Amt, MdB (SPD)

„Wir brauchen eine neue transatlantische Agenda für eine umfassende Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert. Zentrale Themen sind dabei für mich Klimaschutz, Multilateralismus und der Schutz unserer Demokratien. Wichtig ist, dass wir nicht nur auf den politischen Austausch setzen. Mein Ziel ist es, die zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Brücken über den Atlantik zu stärken. Und zwar nicht nur zwischen den städtischen Metropolen, sondern in der Breite. Wenn wir es schaffen, Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks zu mobilisieren, gemeinsam Lösungen für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu entwickeln, dann werden wir enger denn je zusammenwachsen."

Steffen Kampeter, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

„Bitte keine Illusionen machen: Zusammenwachsen klingt großartig, bleibt aber schwierig. Die Biden-Administration hat einen anderen Stil, ist aber nicht weniger fordernd als die vorherige. Ein interventionistischer Staat, eine gigantische Verschuldung, eine politische Zentralbank, eine nach innen gerichtete Wirtschaftspolitik mit protektionistischer Note. Allein diese Wirtschaftsthemen zeigen: *It's a long way*. Und über Außen- und Sicherheitspolitik haben wir noch gar nicht gesprochen."

Philip D. Murphy, Governor, New Jersey

"The election of President Biden reaffirmed what many of us have long believed – that the majority of Americans recognize the importance of a strong transatlantic relationship and that ensuring its stability, vitality, and continuity benefits us all. Germany and the United States share strong values rooted in the principle that economic well-being and social advancement go hand-in-hand. Our mission now is to let these values lead us forward, and in so doing, assure our allies of our continued and loyal friendship."

Welche Herausforderungen sehen Sie für Europa mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen?

Ekin Deligöz, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen)

„In den vergangenen Jahren ist leider durch Populismus und Fake Facts viel Vertrauen auf beiden Seiten des Atlantiks zerstört worden. Dieses Vertrauen ist aber ein Kapital der modernen Gesellschaftsordnungen und der freiheitlichen Grundordnung. Es ist unser Auftrag, Demokratie zu verteidigen und damit ein globales Zeichen für Freiheit und Vielfalt in den modernen Gesellschaften zu setzen."

Dr. Rainer Esser, Geschäftsführer, ZEIT Verlagsgruppe

„Kooperation ist der Schlüssel zum Erfolg, Unternehmen wissen das schon lange. Von Partnerschaften sollten beide Seiten profitieren. Mit der Wahl Joe Bidens verbinden wir in Europa die große Hoffnung, die USA als verlässlichen Partner zurückzugewinnen. Die Voraussetzungen sind gut. Aber: Wir müssen unsere eigenen Aufgaben anpacken, denn nur ein starkes Europa nutzt auch den Vereinigten Staaten. Wir müssen die digitale Souveränität wiedergewinnen, eine entscheidende Rolle im globalen Spiel zwischen den USA und China einnehmen, unsere Klimaschutzziele erreichen und COVID-19 besiegen. Nur so können wir eine Partnerschaft auf Augenhöhe etablieren und die dringenden Zukunftsaufgaben gemeinsam angehen: beim Klimaschutz und bei der Sicherheits- und Handelspolitik."

Dr. Anna Herrhausen, Geschäftsführerin, Alfred Herrhausen Gesellschaft

„Die Europäische Kommission hat zu Beginn des Jahres 2021 eine ‚digitale Dekade' für Europa ausgerufen und ein Bild für eine menschengerechte Digitalisierung skizziert. Hier eigene Alternativen zu realisieren und dabei gleichzeitig die transatlantische Partnerschaft zu stärken: das ist eine Herausforderung, die wir Europäer beherzt angehen müssen."

Welche Chancen und Herausforderungen sehen Sie für Ihre Branche mit der neuen US-Administration verknüpft?

Eveline Metzen, Leiterin Government Affairs & Public Policy in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Google, Vorstandsmitglied, Atlantik-Brücke

„Mit US-Präsident Joe Biden kehren Stabilität und Berechenbarkeit in das Weiße Haus zurück und das Engagement in internationalen Organisationen. Das ist der Grundstein für die Wiederbelebung der transatlantischen Partnerschaft und die Stärkung der westlichen Wertegemeinschaft im internationalen Gefüge. Als auch in Europa und Deutschland verwurzeltes Unternehmen fühlt sich Google der Partnerschaft besonders verpflichtet. Die Herausforderungen des digitalen Zeitalters gilt es gemeinsam zu lösen. Durch die Gesprächsbereitschaft der neuen US-Administration bietet sich die Chance, zu einem globalen *level-playing field* zu gelangen."

Eckart von Klaeden, Staatsminister a. D., Leiter der Abteilung Politik und Außenbeziehungen, Daimler

„Die USA sind für Daimler nicht nur ein überaus wichtiger Markt, wir sind dort auch seit mehr als 130 Jahren fest verwurzelt. Wir hoffen auf einen verlässlichen politischen Rahmen, der Wohlstand, Beschäftigung und Wachstum fördert. Die starken fiskalischen Impulse der Regierung werden die Erholung der US-Wirtschaft nachhaltig unterstützen. Dies sollte auch die Nachfrage nach Fahrzeugen steigern. Im Rahmen unserer nachhaltigen Geschäftsstrategie soll unsere Pkw-Neufahrzeugflotte spätestens bis 2039 CO_2-neutral werden. Deshalb begrüßen wir, dass die Biden-Administration die Klimagesetze verschärfen und die Dekarbonisierung der Wirtschaft vorantreiben will. Mit Blick auf den Außenhandel wünschen wir uns, dass das amerikanische Vertrauen in offene Märkte und Freihandel zurückkehrt."

Peter Albiez, Vorsitzender der Geschäftsführung, Pfizer Deutschland

„Die transatlantischen Beziehungen sind eine tragende Säule der pharmazeutischen Industrie: Aufbauend auf Innovation, Forschung und Entwicklung und Kollaboration auf beiden Seiten des Atlantiks waren wir in der Lage, auf die beispiellosen COVID-19-Herausforderungen schnell zu reagieren. Wir sehen mit der neuen US-Regierung die Chance, diese Achse zu stärken. Denn von ihr profitieren Patientinnen und Patienten weltweit. Dazu gehört das Eintreten für freien Handel, der Schutz des geistigen Eigentums und die gegenseitige Anerkennung von Standards in Forschung und Produktion. Dies ist auf beiden Seiten des Atlantiks erforderlich."

A Deep Dive into the U.S. Election Results

Am Morgen nach der Wahl sprachen Politikerinnen, Experten und Wissenschaftlerinnen bei verschiedenen Panels über den knappen Wahlausgang, die tiefgreifende Polarisierung des Landes und darüber, was die Wahl für Amerika und Europa bedeutet. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States (GMFUS) und der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen beim Bund statt.

Der ehemalige republikanische Abgeordnete Charlie W. Dent aus Pennsylvania und der ehemalige demokratische Abgeordnete Russ Carnahan aus Missouri diskutierten die vorläufigen Ergebnisse der Auszählung. Sie sprachen über die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft und hoben hervor, wie sehr sich die Fronten verhärtet hätten: "Our country is polarized, and I would even use the term trivialized. Red Team, Blue Team," so Charlie W. Dent. Sudha David-Wilp, GMFUS, moderierte das Gespräch.

Anschließend gab der ehemalige US-Botschafter in Deutschland, John B. Emerson, eine Einschätzung zu den Wahlergebnissen und einen Ausblick auf die transatlantischen Beziehungen.

Wie sich die Wahl auf die US-Außenpolitik auswirkt, war Thema des Panels mit dem Atlantik-Brücke-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, sowie Dr. Lora A. Viola, Professorin für Außen- und Sicherheitspolitik Nordamerikas an der FU Berlin. Wolfgang Ischinger riet, auch mit Gouverneuren zu kooperieren, zum Beispiel beim Thema Klimaschutz. Sigmar Gabriel ermahnte Europa, mehr Verantwortung zu übernehmen – sonst sei es für die USA kein attraktiver Partner. Auch Lora A. Viola betonte, dass Deutschland sich stärker in die multilaterale Zusammenarbeit einbringen müsse. Dr. David Deißner moderierte das Panel.

Abschließend ordneten die ehemalige demokratische Senatorin Heidi Heitkamp aus North Dakota, der ehemalige republikanische Abgeordnete Jim Kolbe aus Arizona und Meghan Kelly von der Chamber of Commerce for Greater Philadelphia die vorläufigen Wahlergebnisse ein. Sie sprachen zudem darüber, wie sich die Pandemie auf die Wahl auswirkt. Dr. Karen Donfried, Präsidentin des GMFUS, moderierte das Panel. Die Atlantik-Brücke dankt Staatssekretär Dr. Mark Speich für seine Gastfreundschaft in den Räumen der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin.

SCAN ME

Berlin, 04. November 2020

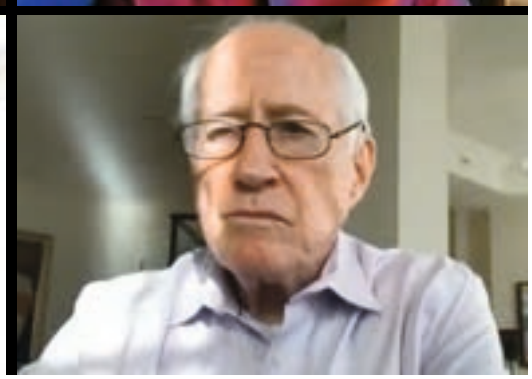
oben
Wolfgang Ischinger,
Sigmar Gabriel,
Lora A. Viola,
David Deißner

unten
Michael Werz

oben
Jamie Fly,
Sudha David-Wilp,
Charlie W. Dent

unten
Mark Speich

Berlin, 04. November 2020



oben links
Wolfgang Ischinger

oben rechts
Sigmar Gabriel

mitte
Peter Beyer

unten
Heidi Heitkamp,
Karen Donfried,
Meghan Kelly,
Jim Kolbe

„Für mich waren die USA immer ein Sehnsuchtsort“

Die Mitgliederversammlung fand dieses Jahr digital statt – mit transatlantischen Gästen und der Wahl einer neuen Schatzmeisterin.

Die Mitglieder der Atlantik-Brücke kamen im November virtuell zur alljährlichen Versammlung zusammen. Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands leiteten in der Agentur Storymachine in Berlin die Sitzung. Als Gäste waren der Entertainer Thomas Gottschalk und der US-Außenpolitikexperte und ehemalige Obama-Berater Charles A. Kupchan per Video zugeschaltet.

Während der Sitzung wählten die Mitglieder in digitaler Abstimmung Ute Wolf, Finanzvorständin von Evonik Industries, zur neuen Schatzmeisterin. Sie folgt auf Professor Dr. Andreas R. Dombret, der in den erweiterten Vorstand gewählt wurde.

Im Gespräch mit Vorstandsmitglied Michael Werz erörterte Charles A. Kupchan, Senior Fellow beim Council on Foreign Relations, was von der Biden-Regierung zu erwarten ist. Kupchan, der während der Obama-Administration Direktor für europäische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat der USA war, betonte, dass die Rückkehr in die politische Mitte eine zentrale Aufgabe der neuen Administration sei. Bezüglich der transatlantischen Beziehungen meinte der Experte für Außenpolitik, dass Europa eine Rückkehr zur multilateralen Zusammenarbeit erwarten könne. Die europäischen Partner müssten aber auch bereit sein, mehr Verantwortung zu schultern und die Verteidigungsausgaben zu erhöhen.

oben
David Deißner,
Sigmar Gabriel,
Andreas R. Dombret,
Michael Hüther

unten
Sigmar Gabriel,
Andreas R. Dombret

Sigmar Gabriel im Gespräch mit Thomas Gottschalk

Der Entertainer Thomas Gottschalk, der viele Jahre in den USA gelebt hat, sprach per Videoschalte mit dem Atlantik-Brücke-Vorsitzenden Sigmar Gabriel über seine starke Bindung zu den USA und darüber, wie vier Jahre Donald Trump das Land verändert haben.

Thomas, du bist inzwischen wieder in Deutschland, hast aber mit deiner Familie viele Jahre in den Vereinigten Staaten gelebt. Was hat dich dazu bewegt, in Deutschland deinen beruflichen Schwerpunkt zu haben und in den USA zu leben?

Für mich waren die USA immer ein Sehnsuchtsort, denn nirgends hat die Unterhaltung einen solchen Stellenwert wie dort. Ich habe mein ganzes Leben immer durch die Augen eines Entertainers geblickt, habe manches schärfer und manches verschwommener gesehen. Aber als Entertainer lebt man gerne in Amerika und schließt die Amerikaner ins Herz, mit ihren Irrungen und Wirrungen.

> „Für mich waren die USA immer ein Sehnsuchtsort."
>
> Thomas Gottschalk

Natürlich hat es Dinge gegeben, die mich gestört haben. Es gibt einen latenten Rassismus, der auch im Entertainment-Bereich sichtbar war, allein darin, dass es in allen Shows immer nur Begegnungen zwischen Menschen gleicher Hautfarbe gab. Auch die Bereitschaft der Amerikaner, sich an sehr strenge Regeln zu halten, war gewöhnungsbedürftig. Ich habe zum Beispiel lange für Disney gearbeitet. Dort durfte erst ab 30 Grad Celsius der oberste Kragenknopf aufgemacht werden. Andererseits hat mich fasziniert, dass die Amerikaner manche Dinge nicht so ernst nehmen. Bei uns ist die Erregungsfähigkeit relativ schnell auf dem Siedepunkt. Diese Entspanntheit der Amerikaner vermisse ich manchmal. Aber ich habe irgendwann aufgehört, den Deutschen die Amerikaner und den Amerikanern die Deutschen zu erklären. Das sind einfach zwei unterschiedliche Bausätze.

Mir scheint, dass sich die leichte Erregbarkeit von Europa auf die USA übertragen hat. Die letzten vier Jahre unter Trump waren ja eher nicht entspannt. Wie haben sie das Land verändert?

Die Amerikaner sehen ihr Land als „the greatest country on earth". Dieses Selbstbewusstsein hat sich natürlich auch auf Trump's „Make America Great Again" ausgewirkt. Die Amerikanerinnen und Amerikaner merken nun, dass ihr Leben politischer wird. Das hat die hohe Wahlbeteiligung bei der Präsidentschaftswahl gezeigt. Auch die Black-Lives-Matter-Bewegung zeigt das, die eine wichtige Rolle für die Zukunft von Amerika spielt. Die Amerikaner sagen immer „the government" – das ist für viele weit weg. Die leben ihr Leben, schauen, dass am Ende der Kontostand stimmt, dass die Familie was zu essen hat und die Kinder studieren. Aber sie haben sich für Politik wesentlich weniger interessiert, als man das von Deutschland kennt. Diese Mentalität hat sich jetzt etwas geändert.

> „Die Amerikanerinnen und Amerikaner merken nun, dass ihr Leben politischer wird."
>
> Thomas Gottschalk

Thomas, vielen Dank!

Herzlichen Dank, dass ich dabei sein durfte.

oben links
Michael Werz,
Charles A. Kupchan

oben rechts
Michael Hüther

mitte links
David Deißner

mitte rechts
Kai Diekmann

unten
Thomas Gottschalk

Virtual Battleground Tour 2020

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Mitgliederreise 2020, die in die im Wahlkampf umkämpften Battleground-Staaten führen sollte, nicht vor Ort stattfinden. Stattdessen sind die Mitglieder auf eine virtuelle Reise gegangen, in Kooperation mit der Association of Former Members of Congress.

„Für die schwarze Community war es wichtig zu sehen, dass Biden als Vize-Präsident für den ersten schwarzen Präsidenten Obama ein verlässlicher Partner war."

Garlin Gilchrist,
stellvertretender Gouverneur
von Michigan

SCAN ME

05. Oktober 2020:
A Pollster's Analysis on the U.S. Election

Vier führende amerikanische Meinungsforscherinnen und -forscher sprachen über die wichtigsten Themen und Wählergruppen im Wahlkampf 2020, den Einfluss der Pandemie auf die Wahl, die Herausforderungen für die Demoskopie und darüber, wie sich das politische Fundraising verändert hat.

Glen Bolger, Public Opinion Strategies, Celinda Lake, Lake Research Partners, Fred Yang, Hart Research, und Amy Walter, Cook Political Report, gaben den Mitgliedern der Atlantik-Brücke Einblicke in ihre Arbeit und die unmittelbar bevorstehende Präsidentschaftswahl. Glen Bolger sagte eine Rekordwahlbeteiligung voraus: „Die Menschen brennen dafür, ihre Stimme abzugeben." Außerdem sprachen die vier Umfrageexpertinnen und -experten über die Kritik an ihrer Zunft. Die Meinungsumfragen würden sich mit jedem Wahlzyklus verbessern und akkurater, so Fred Yang. Ein Problem sei jedoch die „Horse-Race-Berichterstattung", in der es oft nur darum gehe, wer aktuell vorne liegt, nicht jedoch um die Hintergründe solcher Momentaufnahmen. Die Diskussion moderierte die ehemalige demokratische Kongressabgeordnete Elizabeth Esty.

22. Oktober 2020:
The Battleground State of Michigan

Beim virtuellen Besuch im Bundesstaat Michigan ging es im Gespräch mit Garlin Gilchrist, stellvertretender Gouverneur von Michigan, um die Auswirkungen der Pandemie auf die Wahlen und die Perspektive der verschiedenen ethnischen Gruppen des Staates auf die Präsidentschaftskandidaten. Der Demokrat beschrieb die Herausforderung, die Pandemie unter Kontrolle zu bringen und gleichzeitig Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Außerdem sprach Gilchrist über die wichtigsten Themen auf Michigans politischer Agenda. So hob er

hervor, dass der Bundesstaat große Anstrengungen unternehme, um ökonomische und ethnische Ungleichheiten bei den Auswirkungen der Pandemie zu bekämpfen. Auch Umweltschutz und wirtschaftliche Weiterentwicklung seien für Michigan wichtig.

Schwarze machen einen Anteil von 14 Prozent an Michigans Bevölkerung aus und sind eine entscheidende Wählergruppe. Bei ihnen sei Joe Biden wegen seiner Rolle in der Obama-Administration beliebt, so Gilchrist: „Für die schwarze Community war es wichtig zu sehen, dass Biden als Vize-Präsident für den ersten schwarzen Präsidenten Obama ein verlässlicher Partner war."

Moderiert wurde das Gespräch von James J. Blanchard, ehemaliger Gouverneur von Michigan und ehemaliger US-Botschafter in Kanada.

23. Oktober 2020:
Battleground Tour in Wisconsin

Wisconsin stand im Mittelpunkt der dritten Veranstaltung der Battleground Tour. Der demokratische Abgeordnete Mark Pocan und der Moderator Scott L. Klug, ehemaliger republikanischer Abgeordneter, sprachen darüber, dass die Demokraten ihren Heimatstaat in diesem Wahlkampf deutlich stärker umworben haben als vor vier Jahren. Die beiden Politiker erläuterten, dass insbesondere die Stimmen der Vororte umkämpft seien. Außerdem ging es um die politische Polarisierung in den USA und den Graben zwischen den Parteien. Diese Polarisierung, so Pocan, werde durch die Praxis des „Gerrymandering", der taktischen Zuschnitte von Wahlkreisen, befördert. Abgeordnete müssten sich nicht mehr mit ihren politischen Konkurrenten auseinandersetzen. Dies führe auf Dauer zu Stagnation, erläuterte der Demokrat: „Um politisch wirklich etwas zu erreichen, muss man über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten." Die Verstärkerwirkung der sozialen Medien, ihre Geschwindigkeit und der Mangel an Reflexion, so Klug, trügen zu dieser Einseitigkeit bei.

> „Um politisch wirklich etwas zu erreichen, muss man über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten."
>
> Mark Pocan,
> demokratischer Abgeordneter aus Wisconsin,
> US-Repräsentantenhaus

Beide Politiker betonten außerdem die große Rolle, die die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie auch in Wisconsin bei dieser Wahl spielten.

SCAN ME

SCAN ME

06. November 2020:
Debrief of the U.S. Election

Bei der vierten Diskussion der Virtual Battleground Tour unmittelbar nach der Wahl sprachen vier ehemalige US-Kongressabgeordnete über die Hintergründe des Wahlsieges von Joe Biden, die Motivation der Wählerinnen und Wähler und die kommenden Herausforderungen für die Demokratische Partei.

„Die Wähler sind ermüdet von der politischen Unruhe und sehnen sich nach einer Stimme der Vernunft."

Karan English,
ehemalige demokratische
Abgeordnete aus Arizona

Der ehemalige Abgeordnete Charlie W. Dent aus Pennsylvania erklärte den Sieg Joe Bidens mit einem Bedürfnis nach Stabilität. Der Republikaner riet seiner Partei, sich gemeinsam mit der neuen Administration dafür einzusetzen, die NATO zu stärken, wieder in das Pariser Klimaabkommen einzutreten und an Beziehungen zu Verbündeten anzuknüpfen. Karan English, ehemalige demokratische Abgeordnete aus Arizona, teilte die Auffassung Dents: „Die Wähler sind ermüdet von der politischen Unruhe und sehnen sich nach einer Stimme der Vernunft."

Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer sahen die Demokratische Partei jedoch auch mit Herausforderungen konfrontiert. Angesichts der politischen Spaltung unterstrich Jim Blanchard, Demokrat aus Michigan, dass Biden und die gesamte Partei nun auf republikanische Wählerinnen und Wähler zugehen müssen. Biden müsse zeigen, dass er auch die Trump-Wählerschaft respektiere und verstehe. Carlos Curbelo, ehemaliger republikanischer Kongressabgeordneter aus Florida, forderte die Demokraten auf, ihre Strategie gegenüber Latino-Wählerinnen und -Wählern zu überdenken. Latinos seien eine vielfältige Gruppe und nicht in erster Linie am Thema Einwanderung interessiert. Die Demokratische Partei würde gut daran tun, mehr über Wirtschaftsthemen zu sprechen.

Die Diskussion moderierte Lukas Streiff, Diplomat der Deutschen Botschaft in Beirut und Young Leader-Alumnus 2016.

13. Januar 2021
All Eyes on the U.S. – Implications of the Georgia Election

Bei der Stichwahl in Georgia im Januar gelang den Demokraten gleich ein doppelter Sieg bei den zu besetzenden Senatoren-

posten – und das in einem ehemals streng konservativen Staat. Wie kam es zu diesem Wahlergebnis, und wie wirkt es sich aus? Darüber sprachen zwei ehemalige Abgeordnete des Bundesstaats Georgia im US-Repräsentantenhaus, der Demokrat John Barrow und der Republikaner Phil Gingrey.

Der Zuzug einer jungen progressiven Wählerschaft sowie von Afroamerikanerinnen und -amerikanern und Latinos in die Hauptstadt Atlanta ermöglichte es den Demokraten bereits bei der Präsidentschaftswahl im November, den Südstaat für sich zu gewinnen. Ein weiterer entscheidender Faktor für den Sieg der demokratischen Kandidaten bei der Senatswahl sei die Nähe der republikanischen Kandidaten zu Präsident Donald Trump gewesen. Das habe sowohl die Wählerinnen und Wähler aus den Vororten als auch moderate Republikaner abgeschreckt. Während dies nicht unbedingt eine bleibende politische Neuausrichtung bedeute, könnten künftig die Politikerinnen und Politiker die besten Erfolgsaussichten haben, die moderate Wählerinnen und Wähler beider Parteien ansprechen. Den Republikanern müsse es gelingen, eine diverse Gruppe aus Minderheiten und jungen Wählerinnen und Wählern anzusprechen, sonst werde der Staat sich zu einem echten Swing State entwickeln.

Auch die Zukunft des US-amerikanischen Zweiparteiensystems war Gegenstand der Diskussion. Die beiden Abgeordneten sprachen darüber, dass es einfacher sei, eine der existierenden Parteien zu übernehmen, als eine neue zu gründen. Dies sei bei beiden Parteien deutlich zu erkennen: Donald Trump habe die Republikanische Partei für seine Ziele vereinnahmt, das linke Lager um Alexandria Ocasio-Cortez habe dasselbe mit der Demokratischen Partei getan.

Die ehemalige republikanische Abgeordnete Susan Brooks aus Indiana moderierte die Diskussion.

„Eine mögliche Neuausrichtung der Parteien“

Die ehemalige US-Senatorin Barbara Boxer, die Kalifornien zehn Jahre im Repräsentantenhaus und 24 Jahre im Senat vertreten hat, sprach mit Marie-Astrid Langer, USA-Korrespondentin bei der „Neuen Zürcher Zeitung“, über das Verhältnis der Demokraten und Republikaner, den Sturm auf das US-Kapitol und die transatlantische Partnerschaft.

Die Demokratin Barbara Boxer, die sich während ihrer politischen Karriere insbesondere für progressive Anliegen wie Frauenrechte und den Umweltschutz stark gemacht hat, äußerte sich besorgt über die Kluft, die Demokraten und Republikaner derzeit entzweit. Als sie 1982 zum ersten Mal für den Kongress kandidierte, habe sie mit Republikanern darum konkurriert, wer mehr für den Umweltschutz eintritt. Heute wäre das nicht mehr vorstellbar. Viele Republikaner scheuten davor zurück, moderate Positionen zu vertreten – aus Sorge, wegen des anhaltenden Einflusses Donald Trumps Wählerstimmen zu verlieren. Es bliebe kein Raum mehr für Kooperation. Boxer hält jedoch ein „Realignment“, bei dem sich moderate Republikaner von Trump abwenden und stattdessen mit dem moderaten Flügel der Demokraten zusammenarbeiten, für durchaus möglich: „Vielleicht wird es eine Neuausrichtung der Parteien geben.“

Entsetzt zeigte sich Boxer über den Sturm auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021. Dass Politikerinnen und Politiker beider Parteien noch in derselben Nacht wieder ins Kapitol zurückgekehrt waren, damit die Zählung und Zertifizierung der Stimmen des Electoral College zu Ende geführt werden konnten, sei jedoch ein gutes Signal gewesen.

Joe Bidens Botschaft der Einheit sei keine bloße Rhetorik, so Boxer. Der Präsident glaube fest daran, dass das Land die großen aktuellen Herausforderungen gemeinsam bewältigen kann. Zu Nord Stream 2 und den transatlantischen Beziehungen sagte die Demokratin: „Ich glaube nicht, dass Joe Biden in irgendeiner Art und Weise die Beziehung zu Deutschland wegen dieses Themas aufs Spiel setzen wird. Er wird es aber ehrlich ansprechen.“

SCAN ME

Bryan Lanza und Morris Reed, Partner bei Mercury, nahmen ebenfalls an der Diskussion teil. Dr. David Deißner moderierte die Veranstaltung.

Virtuelle Veranstaltung, 17. März 2021

oben links
Barbara Boxer

oben mitte
Marie-Astrid Langer

Gespräch mit Hans Ulrich Gumbrecht

Zur Krise der politischen Repräsentation

Mit dem Literaturwissenschaftler und Philosophen Professor Dr. Dr. Hans Ulrich Gumbrecht sprachen der stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, Professor Dr. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft, und Dr. David Deißner, Geschäftsführer der Atlantik-Brücke, über die Krise der politischen Repräsentation, die Sehnsucht nach Resonanz und die Zukunft der USA.

„Es gibt keine breiten Aufstiegschancen mehr, und das haben wir, die wir zur Elite gehören, zu lange übersehen."

Professor Dr. Dr. Hans Ulrich Gumbrecht
Publizist, Professor emeritus, Stanford University

Michael Hüther: Herr Professor Gumbrecht, wir wollen über politische Repräsentation sprechen. Man kann argumentieren, dass viele Aspekte der Regierungszeit Trumps, lange vor dem Sturm auf das Kapitol, bereits Ausdruck einer Krise der Repräsentation waren. 74 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner haben ihm dennoch ihre Stimme gegeben.

Hans Ulrich Gumbrecht: Das Grundprinzip der Demokratie nach der Idee der Aufklärung besteht darin, dass Bürgerinnen und Bürger ihre politische Macht an andere delegieren, die sie repräsentieren, indem sie in ihrem Sinne handeln. Vielen Menschen ist während der vergangenen Jahrzehnte – nicht nur in den USA – die Überzeugung abhandengekommen, dass die Politik sie repräsentiert. Ihnen ist das Wort *representation* vielleicht gar nicht geläufig. Aber sie glauben, dass jene Leute, diese *politicians*, eher Teil einer Verschwörung gegen sie sind und nicht diejenigen, die sie vertreten. Trump hat es ohne Zweifel verstanden, ihnen das Gefühl zu geben, gehört zu werden. Deswegen spreche ich von *politics of resonance*, also von einer Resonanzpolitik. Es ging gar nicht so sehr darum, dass die Leute meinten, Trump verbessere ihr Leben in ökonomischer Weise, sondern dass ihnen plötzlich jemand im Weißen Haus das Gefühl gab, dass ihre Sorgen und ihre Situation Resonanz

fanden. So möchte ich dieses Gefühl beschreiben, das Trumps Erfolg erklärt und das voraussetzt, dass sich die politische Repräsentation in einer profunden Krise befindet.

Hüther: Wie tief gehen die Wurzeln dieser Spaltung des Sozialen und Ökonomischen? Heutzutage sind die Staaten sehr klar nach blau und rot sortiert. Wann hat diese Entwicklung angefangen?

Gumbrecht: In den fast 32 Jahren, die ich in den USA gelebt habe, hat sich die Dominanz der Demokraten in Kalifornien und an der Westküste verstärkt. Man muss immer wieder daran erinnern, dass Arnold Schwarzenegger, ehemaliger Gouverneur von Kalifornien, ein Republikaner war. Das wäre heute undenkbar. Man könnte selbstkritisch sagen, unsere kalifornische und amerikanische Elite ist stark abgehoben. Wenn Biden es nicht versteht, das Selbstverständnis der Demokratischen Partei über dieses Selbstverständnis als Elite hinaus zu öffnen, dann befürchte ich, dass uns im nächsten Wahljahr, also 2024, noch etwas Schlimmeres als Trump ins Haus stehen könnte.

Hüther: Wir Ökonomen sehen, dass die Mobilität der Menschen so niedrig ist wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht.

Gumbrecht: Genau. Es gibt keine breiten Aufstiegschancen mehr, und das haben wir, die wir zur Elite gehören, zu lange übersehen. Und gerade daraus ist in bestimmten Bevölkerungsschichten ein enormes Ressentiment gegen die Eliten entstanden. Die 74 Millionen, die Trump gewählt haben, sind eine heterogene Gruppe. Ihr gemeinsamer Nenner ist, dass sie sich abgehängt fühlen, abgehängt vom Prestige, abgehängt von der Politik. Und dieses Ressentiment hat Trump mit wachsendem Geschick bedient.

Hüther: Wir Deutschen denken, wenn es irgendwo einen Wachstumskern gibt, dann strahlt er auf die umliegenden Regionen aus. In den USA ist das sehr viel weniger der Fall. Wenn man vom Silicon Valley ins Napa Valley fährt, dann ist man schon im verkehrten Tal. Da ist kein *trickle down*, keine Verbreiterung des Wachstums erkennbar.

Professor Dr. Michael Hüther,
Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts
der deutschen Wirtschaft

Gumbrecht: Sie haben völlig recht. Eine Sozialpolitik wie in der EU, die einer Strategie folgt, gibt es in den USA nicht. Die Idee von einem Wachstumskern, von dem auch die nächste Gemeinde profitiert, ist einem amerikanischen Politiker und auch einem amerikanischen Wähler fremd. Deswegen glaube ich, dass es eine allzu europäische Perspektive ist zu sagen, Trump habe ja gar nicht die sozialpolitischen Interessen seiner Wählerinnen und Wähler bedient. Er hat ihr Leben insofern verbessert, als dass er ihnen das Gefühl gegeben hat, dass sie Resonanz finden. Das erklärt auch die ungeheuren Treuebeweise seiner Anhängerschaft.

Hüther: Nehmen wir einmal den Sturm auf das Kapitol in den Blick. Dass nach Umfragen 41 Prozent der Trump-Wähler die Kapitolerstürmung am 6. Januar in Ordnung finden, irritiert. War das nicht eine Grenzüberschreitung, die viele hätte zurückschrecken lassen müssen?

Gumbrecht: Was mir Sorgen macht, ist die Frage, wie viele meiner amerikanischen Mitbürger noch bedingungslos an der Erhaltung demokratischer Institutionen interessiert sind. Bidens Aufgabe ist es, sich für diese Leute zu öffnen. Er hat sich bei seiner ersten Rede als President Elect an sie gewandt mit der Formulierung: "This is to my fellow citizens who voted for President Trump. I know how frustrating it is if the guy you want to be elected does not win." So muss es weitergehen, dann werden wir größere Klarheit haben, wie viele von diesen Leuten offen für eine politische Re-Education sind. Jürgen Habermas hat einmal gesagt – und ich identifiziere mich sehr damit –, dass wir ein Produkt der amerikanischen Re-Education sind. Das war nach dem Zweiten Weltkrieg eine große Leistung Amerikas. Demokratische Aufklärung ist nun auch für die USA selbst wichtig geworden.

> „Was mir Sorgen macht, ist die Frage, wie viele meiner amerikanischen Mitbürger noch bedingungslos an der Erhaltung demokratischer Institutionen interessiert sind."
>
> Professor Dr. Dr. Hans Ulrich Gumbrecht

Dr. David Deißner,
Geschäftsführer der Atlantik-Brücke

David Deißner: Lassen Sie uns den transatlantischen Vergleich der gesellschaftlichen Stimmungslage etwas vertiefen. Ende August 2020 sahen wir ähnliche Bilder wie die vom Kapitol auch in Deutschland, als Menschen mit Reichsflaggen auf den Stufen des Reichstagsgebäudes standen. Kann uns das auch passieren, was am 6. Januar in Washington passiert ist?

Gumbrecht: Die Krise der Repräsentation ist nicht nur ein amerikanisches Problem. Lassen Sie mich eine kleine Anekdote erzählen. Ich war 2019 für sechs Wochen als Fellow in einer kleinen Universitätsstadt der ehemaligen DDR. Und ich wohnte bei Vermietern, die in meinem Alter waren. An meinem letzten Sonntag dort haben sie mich eingeladen zu Kaffee und Kuchen, und bei dem Gespräch sagte mein Vermieter plötzlich: „Meine Frau und ich, wir wählen AfD." Und fügte dann hinzu: „Um Gottes Willen, das hätte ich nicht sagen dürfen. Wenn Sie das an der Universität erzählen, bekommen wir nie wieder Mieter." Ein Mann wie dieser Rentner sollte nicht davon ausgehen müssen, dass er sein Einkommen verliert, weil er diese Partei wählt. Das ist ein Problem der

Repräsentation. Diese Leute fühlen sich nicht mehr vertreten von den Politikern in Berlin. Das Problem der Repräsentation und die Gefahr durch Politiker mit Resonanztalent ist zweifellos nicht nur eine amerikanische Gefahr. Die Demokratie muss imstande sein, eine Re-Education zu leisten. Hier sehe ich eine strukturelle, also nicht mehr nationalspezifische Problemlage.

> „Die Krise der Repräsentation ist nicht nur ein amerikanisches Problem.“ Professor Dr. Dr. Hans Ulrich Gumbrecht

Deißner: Aber wie löst man nun das Problem ungleicher Bildungschancen und sozialer Ungleichheit? Viele Maßnahmen der Bildungsförderung und des sozialen Ausgleichs, die hierzulande selbstverständlich sind, wären für viele Amerikanerinnen und Amerikaner, auch wenn es ihnen ökonomisch nicht gut geht, eine unerträgliche Bevormundung. Bernie Sanders' Lösungsvorschläge stoßen interessanterweise bei den Jüngeren auf Gehör.

Gumbrecht: Viele Amerikaner unter dreißig wären, wenn man dies auf Europa projizierte, linke Sozialdemokraten. Diese Bernie-Sanders-Begeisterung war eine Begeisterung der Jugendlichen und Studierenden. Es gibt ja auch im House of Representatives eine Reihe sehr kompetenter junger Frauen, die eine EU-artige sozialstaatliche Agenda haben. Diese Leute können sich identifizieren mit der Vizepräsidentin Kamala Harris, und in sie setze ich auch große Hoffnungen. Aber es ist gerade jetzt wichtig, auch eine Öffnung für die Trump-Wählerschaft zu zeigen. Wie weit kann man gehen, wie kann man den Leuten zeigen, dass sie bei der neuen Regierung Resonanz finden?

Deißner: Können wir aus der Ära Trump etwas lernen?

Gumbrecht: Trump hat innenpolitisch kaum etwas verändert, aber er hat ein zentrales Problem evident gemacht: die Krise der Repräsentation. Man könnte vielleicht mit den Philosophen des deutschen Idealismus optimistisch genug sein, um zu sagen: Das war eine List der Vernunft. Dass wir am Ende der Trump-Zeit eine diagnostische Situation haben, die uns näher an eine Strategie und Therapie bringt.

Deißner: Das ist ein wunderbares Schlusswort. Hoffen wir mit Hegel, dass sich die Vernunft im weltgeschichtlichen Geschehen durchsetzen wird und dass die große Krise der Demokratie vielleicht dazu führt, dass wir auf beiden Seiten des Atlantiks die Zerbrechlichkeit und natürlich auch den Wert unserer Demokratie und unserer demokratischen Institutionen umso mehr begreifen. Vielen Dank für das Gespräch!

SCAN ME

Jahres-chronik der Atlantik-Brücke

2020

03. Juni Video-Diskussion „Effects of the Pandemic on the U. S. Election“ mit Jocelyn Kiley, Associate Director, Research, Pew Research Center, Moderation: Elisabeth Zerofsky, Journalistin, Fellow, Robert Bosch Stiftung

08. Juni Video-Diskussion „Police Brutality in the USA“ mit Dr. Jan Philipp Burgard, Korrespondent und stellv. Büroleiter in Washington, D. C., ARD, LaSean Knox-Brown, Dr. Imani Perry, Professor, Department of African American Studies, Princeton University, und Kirsten West Savali, Executive Producer, „Essence Magazine“, Moderation: Léa Steinacker, Chief Strategy Officer, ada

08. Juni Video-Diskussion „Not macht erfinderisch – mit Innovation aus der Krise“ mit Oliver Trinchera, Co-Founder und Geschäftsführer, KINEXION, Josef Süß, Co-Founder und Geschäftsführer, BlinkIN, und Susanne Kreimer, Ärztin, Charité Berlin, Moderation: Martin Giese, Managing Director, XPRENEURS Incubator

09. Juni Podcast „America’s Choice“: „Amerika in Aufruhr: Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt in den USA“ mit Laura Kupe, Counsel on the Committee on Homeland Security, U. S. House of Representatives, Priscilla Layne, Professor of German, University of North Carolina at Chapel Hill, und Daniel Friedrich Sturm, USA-Korrespondent, „Die Welt“, Moderation: Dr. David Deißner, Geschäftsführer, Atlantik-Brücke, und Tyson Barker, Deputy Executive Director und Fellow, Aspen Institute Germany. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

18. Juni Virtual Frankfurt Luncheon „Managing the Crisis – Finanzstabilität und die Folgen der konjunkturellen Eintrübung“ mit Felix Hufeld, Präsident, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

18. Juni Podcast „America’s Choice“: „Was wollen Wählerinnen? Die Stimmen der Frauen bei den US-Wahlen“ mit Annett Meiritz, US-Korrespondentin, „Handelsblatt“, Moderation: Dr. David Deißner und Tyson Barker. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

25. Juni Video-Diskussion „The Great Decoupling – US, China and Europe“ mit Lord Peter Mandelson, ehem. britischer Minister für Handel und Industrie (Labour Party), und Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke

30. Juni Video-Diskussion „The Current State of the Transatlantic Alliance: A Bilateral Discussion with Parliamentarians from the US and Germany“ mit den US-Kongressabgeordneten Brendan Boyle (D-PA), Guy Reschenthaler (R-PA), Peter Beyer, MdB (CDU/CSU), Alexander Kulitz, MdB (FDP), Moderation: Elisabeth von Hammerstein, Programmleiterin, Internationale Politik, Körber-Stiftung

01. Juli Video-Diskussion „Taking Stock: Transatlantic Perspectives after the U. S. Troop Withdrawal from Germany“ mit General John R. Allen, President, Brookings Institution, former General, U. S. Marine Corps, und Sigmar Gabriel, Moderation: Stefan Kornelius, Ressortleiter Außenpolitik, „Süddeutsche Zeitung“

07. Juli Podcast „America’s Choice“: „Trouble behind, trouble ahead? Die US-Präsidentschaftswahl und das transatlantische Verhältnis“ mit Daniel S. Hamilton, Professor, SAIS, Johns Hopkins University, und Rüdiger Lentz, Executive Director, Aspen Institute Germany, Moderation: Dr. David Deißner und Tyson Barker. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

21. Juli Podcast „America’s Choice“: „Strategie und Taktik: Ein Blick auf die Trump- und Biden-Kampagne“ mit Constance Chucholowski, Director, Berliner Büro, 365 Sherpas – Corporate Affairs & Policy Advice, und Julius van de Laar, Politikstratege, Moderation: Tyson Barker. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

12. August Podcast „America’s Choice“: „Harris, Hausfrauen und der amerikanische Traum“ mit Kerstin Kohlenberg, Korrespondentin Washington, D. C. und New York, „DIE ZEIT“, Moderation: Dr. David Deißner. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

18. August Virtuelles 25. Atlantik-Brücke-Gespräch mit dem U. S. European Command General Tod D. Wolters, SACEUR, General Eberhard Zorn, Generalinspekteur der Bundeswehr, und Sigmar Gabriel, Moderation: Matthias Naß, internationaler Korrespondent, „DIE ZEIT“

20. August Podcast „America’s Choice“: „Parteitag ohne Publikum: Die digitale Democratic National Convention“ mit Dr. Danyal Bayaz, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), und Sarah Wagner, Bildungsreferentin, Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz, Moderation: Dr. David Deißner und Tyson Barker. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

26. August Sommerempfang mit Sigmar Gabriel und Botschafter a. D. Dr. Peter Wittig. Garten des Magnus-Hauses, Berlin

27. August Podcast „America’s Choice“: „‚Make America Great Again, Again‘: Der Parteitag der Republikaner“ mit Prof. Dr. Andrea Römmele, Professor, Hertie School of Governance, und Matthew Karnitschnig, Chief Correspondent Europe, „Politico“, Moderation: Dr. David Deißner und Tyson Barker. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

01. September Virtual Road to Election Night & Beyond „Transatlantic Town Hall“ mit den US-Kongressabgeordneten Jim Sensenbrenner (R-WI) und Ami Bera (D-CA), Moderation: Rüdiger Lentz. In Kooperation mit führenden transatlantischen Institutionen

10. September Virtuelle Deutsch-Amerikanische Konferenz „How Identity Politics Has Shaped Modern Political Discourse“ mit Francis Fukuyama, Olivier Nomellini Senior Fellow, Freeman Spogli Institute for International Studies, Professor, Stanford University, Moderation: Christiane Hoffmann, Autorin, Hauptstadtbüro, „Der Spiegel“. In Kooperation mit dem American Council on Germany (ACG)

11. September Sommerempfang, Sigmar Gabriel im Gespräch mit Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik, FAZ. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

15. September Podcast „America’s Choice“: „Mysteriöse Mächte, Meinungsmache und Social Media: Verschwörungstheorien im US-Wahlkampf“ mit Marie-Astrid Langer, Silicon-Valley-Korrespondentin, „Neue Zürcher Zeitung“, und Julia Friedlander, C. Boyden Gray Senior Fellow, stellv. Direktorin, GeoEconomics Center, Atlantic Council, Moderation: Dr. David Deißner und Tyson Barker. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

22. September Hybride Regionalgruppe Hamburg „Foreign Interference in the Upcoming U. S. Election?“ mit Clarissa Ward, Chief International Correspondent, CNN, und Sigmar Gabriel. Privathaus Max und Nagila Warburg, Hamburg und online

23. September Virtual Road to Election Night & Beyond „Knowing Each Other? Mutual Perceptions Across the Atlantic“ mit Botschafterin Dr. Emily Haber, Deutsche Botschaft in Washington, D. C., und John B. Emerson, ehem. US-Botschafter in Deutschland, Vice Chairman, Capital Group International, Chairman, ACG, Moderation: Dr. David Deißner. In Kooperation mit führenden transatlantischen Organisationen

28. September Video-Diskussion „Outlooks from Washington & Berlin: Joint Approaches to Transatlantic Defense“ mit der US-Kongressabgeordneten Chrissy Houlahan (D-PA) und Marja-Liisa Völlers, MdB (SPD), Moderation: Nancy Ziuzin-Schlegel, Member of the Advisory Board, The Association of Former Members of Congress (FMC). In Kooperation mit der FMC

30. September Diskussion „Vier Jahre America First“, Sigmar Gabriel im Gespräch mit Studierenden. In Kooperation mit dem Deutsch-Amerikanischen Institut Sachsen (DAIS), Leipzig

30. September Podcast „America's Choice": „Mit harten Bandagen: Die erste Präsidentschaftsdebatte 2020" mit Prof. Lora A. Viola, Politikprofessorin, John-F.-Kennedy-Institut, Freie Universität Berlin, und Dr. Daniela Schwarzer, Direktorin, DGAP, Moderation: Dr. David Deißner und Rüdiger Lentz. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

05. Oktober Virtual Battleground Tour „A Pollster's Analysis on the U. S. Election" mit Glen Bolger, Public Opinion Strategies, Celinda Lake, Lake Research Partners, Fred Yang, Hart Research Associates, und Amy Walter, National Editor, „The Cook Political Report", Moderation: Elizabeth Esty, ehem. US-Kongressabgeordnete (D-CT). In Kooperation mit der FMC

09. Oktober Hybrides Frankfurt Luncheon „Is American Democracy at Risk?" mit Prof. Daniel Ziblatt, Eaton Professor of the Science of Government, Harvard University, und Donald Wise, ehem. Präsident und CEO, Metzler Realty Advisors. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main und online

09. Oktober Virtual Road to Election Night & Beyond „Beyond the Campaign Trail: The Future of the American Presidency" mit Peter Baker, Chief White House Correspondent, „The New York Times", und David Frum, Staff Writer, „The Atlantic", Moderation: Vendeline von Bredow, European Business and Finance Correspondent, „The Economist". In Kooperation mit führenden transatlantischen Organisationen

13. Oktober Video-Diskussion „Why We Need a Transatlantic China Strategy" mit Tom L. Friedman, Foreign Affairs Op-Ed Columnist, „The New York Times"

16. Oktober Virtual Road to Election Night & Beyond „The Future of the Multilateral Order" mit Robert B. Zoellick, ehem. Präsident, World Bank, U. S. Trade Representative, U. S. Deputy Secretary of State, und Werner Hoyer, Präsident, Europäische Investitionsbank, Moderation: Dr. Stormy-Annika Mildner, Abteilungsleiterin Außenwirtschaftspolitik, BDI. In Kooperation mit führenden transatlantischen Organisationen

16. Oktober Hybrides Pre-Meeting Deutsch-Amerikanische Young Leaders-Konferenz mit Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlamentes a. D. Schloss Neuhardenberg, Brandenburg und online

20. Oktober Hybrider Energy Breakfast Roundtable „Transatlantische Innovationsförderung für Klimaschutz und nachhaltiges Wachstum: Welches Potenzial birgt Wasserstoff?" mit Dr. Emre Gençer, MIT Energy Initiative Cambridge, und Dirk Nowak, Managing Partner, SDI Management Consulting. In Kooperation mit ExxonMobil. Hotel Regent, Berlin und virtuelles Meeting

20. Oktober Podcast „America's Choice“: „Blau, rot, lila: Swing States und die Frage, wo und wie die US-Wahl entschieden wird“ mit Rieke Havertz, USA-Korrespondentin, „ZEIT ONLINE“, und Jackson Janes, President Emeritus, AICGS, Senior Fellow, German Marshall Fund of the United States (GMFUS), Moderation: Dr. David Deißner und Rüdiger Lentz. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

22. Oktober Virtual Battleground Tour „Candidates for Office – Partisanship & Cultural Lines“ mit Lieutenant Governor Garlin Gilchrist (D-MI), Moderation: James J. Blanchard, ehem. Gouverneur von Michigan und ehem. U. S.-Botschafter in Kanada. In Kooperation mit der FMC

23. Oktober Virtual Battleground Tour „State Leaders: How the Election is Taking Shape amid Corona Virus & Aging Demographics“ mit dem US-Kongressabgeordneten Mark Pocan (D-WI), Moderation: Scott Klug, ehem. US-Kongressabgeordneter (R-WI). In Kooperation mit der FMC

27. Oktober Buchvorstellung und Empfang „Transatlantic Relations: Will They Improve After the American Presidential Election?“ mit Anthony L. Gardner, ehem. US-Botschafter bei der EU, und Sigmar Gabriel, Moderation: Sarah Kelly, Lead Anchor, DW News (Deutsche Welle). In Kooperation mit der European School of Management and Technology (ESMT), Berlin

29. Oktober Virtuelle Deutsch-Amerikanische Konferenz „Changing Demographics: Diversity in the United States and Germany“ mit dem US-Kongressabgeordneten Joaquín Castro (D-TX), Janet Murguia, President und CEO, UnidosUS, Prof. Dr. Petra Bendel, Professorin für Politische Wissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, und Cem Özdemir, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Moderation: Michael Werz, Senior Fellow, Center for American Progress, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke. In Kooperation mit dem ACG

03. November Hybrid Road to Election Night & Beyond „Election Day in America: A Pre-Analysis from Berlin“. In Kooperation mit führenden transatlantischen Organisationen. Berlin und online

04. November Hybridveranstaltung „The Morning After – A Deep Dive Into the U. S. Election Results“. Mit zahlreichen Expertinnen und Experten. In Kooperation mit dem GMFUS und der Landesvertretung NRW. Landesvertretung NRW, Berlin und online

06. November Virtual Battleground Tour „Debrief of the U. S. Election“ mit James J. Blanchard und den ehem. US-Kongressabgeordneten Carlos Curbelo (R-FL), Charlie W. Dent (R-PA) und Karan English (D-AZ). In Kooperation mit der FMC

09. November Podcast „America's Choice": „Eine historische Wahl" mit Christiane Meier, Leiterin, ARD-Studio New York, Prof. Dr. Christian Lammert, John-F.-Kennedy-Institut, Freie Universität Berlin, und Steven E. Sokol, Präsident, ACG, Moderation: Dr. David Deißner und Rüdiger Lentz. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

13. November Virtual Frankfurt Luncheon „Finanzmarktstabilität in Zeiten der Corona-Krise" mit Prof. Dr. Jan P. Krahnen, wissenschaftlicher Direktor, Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE, Professor für Kreditwirtschaft und Finanzierung, Goethe-Universität Frankfurt.

13. November Virtual Road to Election Night & Beyond „Beyond Election Day: Transatlantic Media De-Brief" mit einem Vorwort von Bürgermeister Michael Müller und mit Tina Hassel, Chefredakteurin Fernsehen, ARD-Hauptstadtstudio, Tonia Mastrobuoni, Berlin Korrespondentin, „La Repubblica", Wojciech Szymanski, Berlin Korrespondent, Deutsche Welle Polen, Melissa Eddy, Berlin Korrespondentin, „The New York Times", und Thomas Wieder, Berlin Korrespondent, „Le Monde", Moderation: Terry Martin, Senior Anchor, Deutsche Welle. In Kooperation mit führenden transatlantischen Organisationen und der Berliner Senatskanzlei

18. November Virtual Road to Election Night & Beyond „Safeguarding Transatlantic Security: A ‚New Deal' in Euro-American Relations?" mit Heather A. Conley, Senior Vice President for Europe, Eurasia, and the Arctic, Director, Europe, Russia and Eurasia Program, Center for Strategic & International Studies, und Thomas Silberhorn, parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium für Verteidigung, Moderation: Andrea Rotter, Leiterin Außen- und Sicherheitspolitik, Hanns-Seidel-Stiftung. In Kooperation mit führenden transatlantischen Organisationen

19. November Hybride Mitgliederversammlung mit Thomas Gottschalk. Storymachine, Berlin und online.

25. November Virtuelle Regionalgruppe London „After Trump – Rebuilding Anglo-European Relations in Challenging Times" mit Josh Glancy, Washington Bureau Chief, „The Sunday Times", und Rachel Rizzo, Adjunct Fellow, Transatlantic Security Program, Center for a New American Security (CNAS)

25. November Video-Diskussion „After the U. S. Election – What Can Europe Expect From The New Presidency?" mit Sigmar Gabriel, Günther Oettinger, Präsident, United Europe, US-Kongressabgeordneter Will Hurd (R-TX), Dr. Daniela Schwarzer, Direktorin, DGAP, und Anna Wieslander, Director, Northern Europe, Atlantic Council. In Kooperation mit United Europe

02. Dezember Virtuelle Deutsch-Amerikanische Konferenz „Reinventing the German-American Agenda in 2021" mit Sigmar Gabriel und Ambassador John B. Emerson. In Kooperation mit dem ACG

03. Dezember Virtual Road to Election Night & Beyond „Migration, Flight, and U. S. Immigration Policy under President Biden“ mit T. Alexander Aleinikoff, Professor and Director, Zolberg Institute on Migration and Mobility, The New School, und Roberto Suro, Professor of Journalism and Public Policy, University of Southern California, Moderation: Daniel Benjamin, Director, American Academy. In Kooperation mit führenden transatlantischen Organisationen

08. Dezember Podcast „America’s Choice“: „Übergang mit Hürden“ mit Dr. Anna Sauerbrey, Ressortleiterin Meinung/Causa, „Der Tagesspiegel“, und Dr. David Sirakov, Direktor, Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz, Moderation: Dr. David Deißner und Rüdiger Lentz. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

14. Dezember Virtuelle Regionalgruppe München „Perspektiven für die transatlantischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unter der Administration Biden“ mit Prof. Dieter Kempf, Präsident, BDI, und Dierk Neugebauer, Mitglied der Geschäftsleitung, Bristol-Myers Squibb

16. Dezember Virtuelle Regionalgruppe Frankfurt, Abschlussgespräch „Transition 2020 – Review & Outlook on 2021 Under the New U. S. Administration“ mit Elmar Theveßen, Büroleiter Washington, ZDF, Sigmar Gabriel und Susan Glasser, Staff Writer, „The New Yorker“

2021

13. Januar Virtual Battleground Tour „All Eyes on the U. S. – Implications of the Georgia Election“ mit John Barrow, ehem. US-Kongressabgeordneter (D-GA), und Phil Gingrey, ehem. US-Kongressabgeordneter (R-GA). In Kooperation mit The Association of Former Members of Congress (FMC)

14. Januar Podcast „America’s Choice“: „Der Sturm aufs Kapitol – ein Schock für Amerika und die Welt“ mit Michael Werz, Senior Fellow, Center for American Progress, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke, und Torrey Taussig, Research Director, Belfer Center for Science and International Affairs, Moderation: Dr. David Deißner, Geschäftsführer, Atlantik-Brücke, und Dr. Stormy-Annika Mildner, Executive Director, Aspen Institute Germany. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

19. Januar Video-Diskussion „Zur Krise der politischen Repräsentation“ mit Prof. Dr. Dr. Hans Ulrich Gumbrecht, Stanford University, und Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der deutschen Wirtschaft, stellv. Vorsitzender, Atlantik-Brücke, Moderation: Dr. David Deißner

20. Januar Virtual Road to Election Night & Beyond „Transatlantisch? Traut Euch! Für eine neue Übereinkunft zwischen Deutschland und Amerika“ mit Thomas Kleine-Brockhoff, Vizepräsident und Berliner Büroleiter, German Marshall Fund, Dr. Ellen Ueberschär, Vorstand, Heinrich-Böll-Stiftung, Heinrich Brauß, Senior Associate Fellow, Programm Sicherheit und Verteidigung, DGAP, und Dr. Stormy-Annika Mildner, Moderation: Dr. David Deißner. In Kooperation mit führenden transatlantischen Organisationen

20. Januar Virtual Road to Election Night & Beyond „Inauguration Day in America: Linking Washington and Berlin“ mit Dr. Stormy-Annika Mildner, Dr. Andre Baumann, Staatssekretär, Staatsministerium Baden-Württemberg, Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender, Hanns-Seidel-Stiftung, Michael Link, Vorstandsmitglied, Friedrich-Naumann-Stiftung, Mareike Ohlberg, Senior Fellow, German Marshall Fund, Anahita Thoms, Vorstandsmitglied, Atlantik-Brücke, Partner, Baker & McKenzie, Martin-Sebastian Abel, Vorstandsmitglied, Freundeskreis AmerikaHaus NRW, Daniel Benjamin, Präsident, American Academy, Tina Hassel, Direktorin, ARD-Hauptstadtstudio, und Warren Marine, Schatzmeister AmCham Germany, Partner, KPMG. In Kooperation mit führenden transatlantischen Organisationen

27. Januar Video-Diskussion „The Rise of Pandemics: How Decoding Human Immunity Can Protect Us“ mit Wayne Koff, CEO, Präsident und Gründer, Human Vaccines Project, und Anja Langenbucher, Direktorin Europa, Bill & Melinda Gates Foundation, Moderation: Karl-Theodor zu Guttenberg, Bundesminister a. D., Vorsitzender, Spitzberg Partners LLC

04. Februar Video-Diskussion „What to Expect from 2021? A Conversation with Atlantik-Brücke Young Leaders-Alumni and Sigmar Gabriel“ mit Alton Buland, Director for European Policy, Office of the U. S. Secretary of Defense, Stefan Eich, Assistant Professor of Government, Georgetown University, Julia Friedlander, Fellow and Deputy Director, GeoEconomics Center, Atlantic Council, Kirsten Rulf, Leiterin, Referat für Grundsatzfragen der Digitalpolitik, Bundeskanzleramt, und Sigmar Gabriel, Vorsitzender, Atlantik-Brücke

04. Februar Podcast „America’s Choice“: „Volle Kraft voraus? Die ersten zwei Wochen der Biden-Administration“ mit Majid Sattar, Nordamerika-Korrespondent, FAZ, und Andrea Shalal, Senior Correspondent, Reuters, Moderation: Dr. David Deißner und Dr. Stormy-Annika Mildner. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

09. Februar Video-Diskussion „A New Green Era in Transatlantic Relations“ mit Werner Baumann, Vorstandsvorsitzender, Bayer, Lynn Scarlett, Chief External Affairs Officer, The Nature Conservancy, former Deputy Secretary, U. S. Department of the Interior, Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident, Europäische Kommission, und Sigmar Gabriel, Moderation: Lee Beck, CCUS Policy Innovation Director, Clean Air Task Force, Senior Fellow, Atlantic Council. In Kooperation mit Bayer

16. Februar Briefing Call zur transatlantischen Handelspolitik mit Dr. Berend Diekmann, Referatsleiter Außenwirtschaftspolitik, Nordamerika, G8/G20, OECD, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

16. Februar Video-Diskussion „Vorstellung des Edelman TRUST Barometer 2021“ mit Richard Edelman, Präsident und Global CEO, Edelman, Christiane Schulz, CEO, Edelman Deutschland, Sigmar Gabriel und Julie Teigland, Managing Partner, EY (EMEIA), Vorstandsmitglied, Atlantik-Brücke, Moderation: Dr. David Deißner. In Kooperation mit Edelman Deutschland

19. Februar Virtual Frankfurt Luncheon „Neuanfang der transatlantischen Beziehungen unter Joe Biden?“ mit Julius van de Laar, Kampagnen- und Strategieberater

23. Februar Podcast „America’s Choice“: „Bidens Klima-Kehrtwende“ mit Dr. Susanne Dröge, Senior Fellow, Forschungsgruppe Globale Fragen, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), und Prof. Dr. Miranda Schreurs, Professorin für Umwelt- und Klimapolitik, Technische Universität München, Moderation: Dr. David Deißner und Dr. Stormy-Annika Mildner. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

01. März Digitale Gesprächsreihe „Energiegespräch am Reichstag“: „Reforging the Transatlantic Energy Alliance: From Sanctions towards Cooperation“ mit Botschafter Daniel Fried, Weiser Family Distinguished Fellow, Atlantic Council, Sigmar Gabriel, Mario Mehren, CEO, Wintershall Dea, Botschafter Janusz Reiter, Gründer, Center for International Relations, Warschau, und Dr. Kirsten Westphal, Senior Associate, SWP, Moderation: Prof. Dr. Friedbert Pflüger, CASSIS, Universität Bonn, geschäftsführender Gesellschafter, Bingmann Pflüger International. In Kooperation mit Energiegespräch am Reichstag

11. März Digital Female Leadership Workshop Series „Behind the Scenes – Digitalization During a Global Crisis“ mit Angelika Gifford, Vizepräsidentin, Zentraleuropa, Facebook, Vorstandsmitglied, Atlantik-Brücke, und Dr. Katrin Suder, Vorsitzende, Digitalrat der Bundesregierung. In Kooperation mit The GroUP

12. März Virtual Frankfurt Luncheon „Die Entwicklung der Handelsbeziehungen im Spannungsfeld zwischen China und den USA unter Joe Biden“ mit Dr. Wolfgang Fink, Vorsitzender des Vorstands, Goldman Sachs Bank Europe SE

16. März Podcast „America’s Choice“: „Die Zukunft der NATO und Europas Verantwortung in der Welt“ mit Dr. Claudia Major, Forschungsgruppenleiterin Sicherheitspolitik, SWP, und Jana Puglierin, Senior Policy Fellow und Leiterin Berliner Büro, European Council on Foreign Relations, Moderation: Dr. David Deißner und Dr. Stormy-Annika Mildner. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

17. März Video-Diskussion „Political Polarization in the USA – How to Bridge the Gap“ mit Barbara Boxer, ehem. US-Senatorin (D-CA), Moderation: Marie-Astrid Langer, USA-Korrespondentin, „Neue Zürcher Zeitung“

31. März Video-Diskussionsreihe #117 „President Biden and the 117th Congress: D. C. Journalists’ Perspectives on What to Expect“ mit A. B. Stoddard, RealClearPolitics, und Bob Cusack, „The Hill“, Moderation: Barbara Comstock, ehem. US-Kongressabgeordnete (R-VA). In Kooperation mit der FMC

13. April Podcast „America’s Choice“: „Die Krise der Einwanderung in die USA“ mit Klaus Brinkbäumer, Programmdirektor, MDR, und Victoria Rietig, Leiterin Migrationsprogramm, DGAP, Moderation: Dr. David Deißner und Dr. Stormy-Annika Mildner. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

16. April Virtual Frankfurt Luncheon „The Future of the Republican Party“ mit Jon DeWitte, Stabschef, Büro von Bill Huizenga (R-MI), US-Repräsentantenhaus, Moderation: Meghan Kelly, Director, Business Expansion Services, The Chamber of Commerce for Greater Philadelphia

19. April Video-Diskussion „Rebuilding U. S.-German Relations: Harder than it Appears“ mit Steven Pifer, Fellow, Robert Bosch Academy, Affiliate, Center for International Security and Cooperation, Stanford University, Moderation: Annett Meiritz, USA-Korrespondentin, „Handelsblatt“

21. April Video-Interview „100 Tage Präsident Biden“, Michael Werz im Gespräch mit Christiane Hoffman, Autorin, „Der Spiegel“. Magnus-Haus, Berlin

22. April Video-Diskussion „Transatlantische Beziehungen: Was können wir voneinander lernen?“ Vortrag von Prof. Joseph E. Stiglitz, Columbia University, Moderation: Dr. Uwe Jean Heuser, „DIE ZEIT“, anschließende Diskussion mit Sigmar Gabriel, Matthias Berninger, Bayer, Bill McKibben, Journalist und Umweltaktivist, und Dr. Melinda Crane, Journalistin, Moderation: Petra Pinzler, „DIE ZEIT“. In Kooperation mit der ZEIT

26. April Podcast „America’s Choice“: „Joe Bidens erste 100 Tage im Amt“ mit Dr. Christoph von Marschall, diplomatischer Korrespondent der Chefredaktion, „Der Tagesspiegel“, Moderation: Dr. David Deißner und Dr. Stormy-Annika Mildner. In Kooperation mit dem Aspen Institute Germany

27. April Video-Diskussion „Reaffirming and Reimagining the Transatlantic Alliance: Facing Shared Challenges Together“ mit Botschafter Philip T. Reeker, Acting Assistant Secretary of State, Bureau of European and Eurasian Affairs, U. S. Department of State, Moderation: Dr. Anna Sauerbrey, Ressortleiterin Meinung/Causa, „Der Tagesspiegel“. In Kooperation mit dem American Council on Germany

Impressum

Herausgeber
Atlantik-Brücke e.V.,
Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin

Redaktionsleitung
Katharina Draheim, Dr. David M. Deißner (verantw.)

Projektleitung
Katharina Draheim

Mitarbeit
Carla Bieg, Robin Fehrenbach

Verlag
TEMPUS CORPORATE GmbH –
Ein Unternehmen des ZEIT Verlags
Büro Berlin: Alt-Moabit 94, 10559 Berlin
Büro Hamburg: Helmut-Schmidt-Haus,
Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg

Geschäftsführung
Jan Hawerkamp, Kai Wutte

Projektleitung
Yvonne Baumgärtel

Artdirection & Layout
Susanne Kluge

Lektorat
Dr. Katrin Weiden (dt.), Lisa Wicklund (engl.)

Herstellung
Tim Paulsen

Repro
twentyfour seven, creative media services gmbh,
Am Zirkus 6, 10117 Berlin

Druck
G. Peschke Druckerei GmbH
Taxetstraße 4, 85599 Parsdorf b. München

Bildnachweis

Umschlag:	Kai Müller
Lesezeichen:	Kai Müller
S. 02:	Maurice Weiss, Kai Müller
S. 06:	Office of Heidi Heitkamp
S. 10:	Office of Will Hurd
S. 17–19:	Atlantik-Brücke
S. 21–22:	Laura Morton
S. 24:	Kristoffer Tripplaar
S. 26:	Laura Morton
S. 28:	Thomas Imo
S. 31–33:	Amin Akhtar
S. 35–37:	Stefan Krutsch
S. 38:	Atlantik-Brücke
S. 39:	Anika Dollmeyer (oben), Atlantik-Brücke (unten)
S. 40:	Aspen Institute Germany (oben), Atlantik-Brücke (unten)
S. 41:	Aspen Institute Germany (oben), Atlantik-Brücke/Christopher Becker (unten)
S. 42:	Atlantik-Brücke
S. 43:	Atlantik-Brücke (oben), Xander Heinl/Photothek (unten)
S. 44–47:	Illustrationen: Uli Knörzer
S. 49:	Amin Akhtar
S. 51:	Atlantik-Brücke/Christopher Becker
S. 52:	Nell Killius (Astrid Hamker), Sidley Austin LLP (Kolja von Bismarck)
S. 53:	Dominik Butzmann (Hildegard Müller), Archiv (Andreas R. Dombret), Atlantik-Brücke (David Detjen)
S. 54:	Bundesregierung/Steffen Kugler (Julia Klöckner), Allianz (Sabia Schwarzer), Coty (Anna von Bayern)
S. 55:	Jorinde Gersina (Michelle Müntefering), BDA/Michael Hübner (Steffen Kampeter), Office of the Governor of New Jersey (Philip D. Murphy)
S. 56:	Martin Ebert (Ekin Deligöz), DIE ZEIT (Rainer Esser), Alfred Herrhausen Gesellschaft (Anna Herrhausen)
S. 57:	Thomas Eugster (Eveline Metzen), Daimler (Eckhart von Klaeden),
S. 59–61:	Amin Akhtar
S. 63–65:	Atlantik-Brücke/Katharina Draheim
S. 66–68:	Illustrationen: Uli Knörzer
S. 71:	Atlantik-Brücke
S. 72–74:	Illustrationen: Uli Knörzer

Gremien

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Vorsitzender:
Bundesminister a. D. Sigmar Gabriel, Berlin

Stellvertretende Vorsitzende:
Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
Bundesminister a. D. Dr. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU),
Deutscher Bundestag, Berlin

Schatzmeisterin:
Ute Wolf, Evonik Industries, Essen

Geschäftsführer:
Dr. David M. Deißner

WEITERE VORSTANDSMITGLIEDER

Kai Diekmann, Storymachine, Berlin
Prof. Dr. Andreas R. Dombret, Vorstandsmitglied der Bundesbank a. D.,
Oliver Wyman, Frankfurt am Main/New York
Angelika Gifford, Facebook, München
Dr.-Ing. Jürgen Großmann, Georgsmarienhütte Holding, Hamburg (kooptiert)
Reiner Hoffmann, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Berlin
Botschafter Wolfgang Ischinger, Münchner Sicherheitskonferenz, München
Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Deutscher Bundestag, Berlin
Staatssekretär Christian Lange, MdB (SPD), BMJV, Berlin
Eveline Metzen, Google, Berlin
James von Moltke, Deutsche Bank, Frankfurt am Main
Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Deutscher Bundestag, Berlin
Julie Linn Teigland, EY, Mannheim
Anahita Thoms, Baker McKenzie, Düsseldorf
Friederike von Tiesenhausen Cave, Bloomberg, London
Karsten Uhlmann, Frankfurter Brauhaus, Frankfurt (Oder)
Dr. Nagila Warburg, Stiftung Warburg Archiv, Hamburg
Dr. Michael Werz, Center for American Progress, Washington, D. C.

(Stand: Mai 2021)

Geschäftsstelle

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Geschäftsführer:
Dr. David M. Deißner

Assistentin der Geschäftsführung:
Mira Walter

Assistentin des Vorsitzenden,
Programmmanagerin,
Buchhaltung / Mitgliederbetreuung:
Jenny Koch

KOMMUNIKATION UND DOKUMENTATION

Leiterin Kommunikation:
Katharina Draheim

Leiter Analyse und Dokumentation:
Robin Fehrenbach

PROGRAMME

Leiterin Programme und
Transatlantische Partnerschaften:
Anna Maciejowski

Programmmanager, Leiter Young Leaders-Programm
und Workstream digitale Transformation:
Christopher Becker

Programmmanager Außen- und Sicherheitspolitik:
Peter Eitel

Program Associate:
Nicole Lorenz

(Stand: Mai 2021)

Atlantik-Brücke e.V. · Magnus-Haus · Am Kupfergraben 7 · 10117 Berlin · info@atlantik-bruecke.org